

IHR KOMMT UNS  
NICHT INS NÄCHSTE LEVEL.  
DER NPD DAS SPIEL VERMIESEN!



Recherchen zum Wahlkampf der Thüringer NPD.  
Kritik der Demokratie und der Gesellschaft.

Sommer 2009

- 03 Vorwort
- 04 NPD - Zielsetzung und Inhalte
- 11 Der Aufstieg der Thüringer NPD
- 19 Zur Kritik der Demokratie
- 24 Zur Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse
- 29 Gastbeitrag aus Sachsen: Das Potenzial der parlamentarischen Präsenz
- 33 and now it's your turn...
- 35 Kontakt und Impressum

Zum **besseren Verständnis** eine Anmerkung zu geschlechtsspezifischen Schreibweisen in dieser Broschüre. Es ist uns bewusst, dass die deutsche Sprache Frauen ignoriert, indem die männlichen Formen zugleich geschlechtsübergreifend benutzt werden. Wir haben uns daher entschieden und bemüht männliche und weibliche Schreibweisen zu kombinieren und arbeiten mit dem Unterstrich (z.B. Arbeiter\_innen). Zudem symbolisiert der Unterstrich, dass es zwischen der gesellschaftlich normierten Zweigeschlechtlichkeit auch Menschen gibt, die sich nicht einer dieser Kategorien anpassen wollen/können.

gefördert durch



Als hielte der kapitalistische Alltag nicht schon genug Zumutungen bereit: Stress in der Schule, auf der Arbeit, der Uni oder dem Arbeitsamt, dem ständigen kapitalistischen Verwertungszwang ausgesetzt und weit entfernt von freiem, selbstbestimmten Leben. Im Jahr 2009 feiert sich die Bastion des Unrechts selbst: Das post-faschistische Deutschland wird 60. Noch dazu brach vor 20 Jahren die DDR zusammen und aus dem geteilten Deutschland wurde eines. Grund genug also geschichtsvergessen die deutsche Demokratie mal wieder so richtig zu feiern.

Was eine richtige Demokratie sein will, muss sich legitimieren lassen. Deshalb dürfen die Thüringerinnen und Thüringer im Superwahljahr 2009 gleich vier mal Kreuzchen machen. Warum das nichts mit wirklicher Mitbestimmung zu tun hat und warum Wahlen eh nichts ändern können, das erfahrt ihr in unserer Broschüre. Außerdem erfahrt ihr, warum wir das kapitalistische Verwertungssystem als Ganzes ablehnen und nicht an seine Reformierbarkeit glauben.

Und trotzdem, so meinen wir, gibt es gute Gründe die Möglichkeit des Wählens zu nutzen. Ein sehr gewichtiger ist der Antritt einer Partei, die sich von den anderen in ganz perfider Weise abhebt, nämlich der

Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Es handelt sich dabei um eine Vereinigung, die zu einer Verschärfung des politischen Klimas in Deutschland beitragen kann. Sie vertritt einen offensiven Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus.

Durch eine bieder-populistische Ausrichtung will sie den Eindruck erwecken, auf die komplexen Probleme, die das Elend produzierende System des Kapitalismus mit sich bringt, einfache Lösungen zu haben. Doch der Neofaschismus ist keine Lösung, er droht, die Menschen wieder an den Rand des Abgrunds bringen und die nächste Katastrophe herbeiführen. Es gilt daher die neofaschistische NPD mit allen notwendigen Mitteln zu bekämpfen.

Dass die NPD in Thüringen bereits ein nicht zu leugnender politischer Faktor geworden ist, zeigte sich jüngst bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, als die NPD überall dort mit mindestens einem Abgeordneten einzog, wo sie auch antrat. Zur Landtagswahl gilt es den Einzug einer NPD-Fraktion in das höchste Thüringer Parlament zu verhindern. Diese Broschüre will u.a. dazu einen Beitrag leisten.

Wir möchten euch anhand eines Gastbeitrags vom sächsischen Recherche-

Kollektiv „Nazis in den Parlamenten“ (NiP) zeigen, wie sich die politischen Verhältnisse und der Professionalisierungsgrad der NPD in Sachsen geändert haben. Denn dort sitzt die NPD seit 2004 im Landtag und seit kurzem ist sie auch in allen Kreistagen vertreten.

Wie wir verhindern können, dass die NPD diesen Durchmarsch in Thüringen schafft, das möchten wir auch kurz anreißen und euch Möglichkeiten für ein eigenes Aktiv-Werden vorschlagen.

Viel Spaß beim Lesen!



# NPD – Zielsetzung und Inhalte



Die NPD ist nicht nur die älteste neonazistische Partei der BRD, sondern zugleich auch die modernste. Sie tritt durch völkisch-populistische und scheinbar unverfängliche Parolen in die Öffentlichkeit. Eine genauere Analyse ihrer Forderungen zeigt jedoch, dass es sich bei der NPD um mehr als nur eine weitere bürgerlich-konservative Gruppierung handelt. Die NPD vereint nationalistische, rassistische, antisemitische, sexistische und xenophobe [1] Ressentiments mit einer Verherrlichung des Nationalsozialismus. Indem sie ihre Inhalte über Musik, Kleidung und andere Elemente jugendlicher (Sub-)Kulturen verbreitet, erzielt sie mit dieser modernen Strategie gerade bei Jugendlichen Wirkung, wodurch es der NPD vor allem in ländlichen Regionen gelingt, eine kulturelle Hegemonie aufzubauen.

## **„Mit aller Konsequenz gegen Aufklärungsutopien“**

Die NPD lehnt das Grundgesetz ab, da es aus ihrer Ansicht von den alliierten Siegermächten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus aufgezwungen wurde. Sie steht „mit aller Konsequenz

[...] gegen Aufklärungsutopien“ [2] [3]. Ihre antiliberale Grundhaltung wird nicht nur daran deutlich, dass sie die Wiedereinführung der Todesstrafe für Sexualstraftäter\_innen bis hin zu Drogenhändler\_innen fordert.

Bereits zu Beginn ihres Parteiprogramms macht die NPD klar, dass sie die Menschenrechte ablehnt. Im NPD-Jargon klingt das so: „Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen.“ Diese scheinbar unverfängliche Aussage impliziert einen klaren Widerspruch zum Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Der Unterschied liegt darin, dass der Artikel 1 GG jedem Menschen seine Würde garantiert; es ist damit ein unveräußerliches Recht für jeden Menschen und an keine weiteren Bedingungen geknüpft. Hautfarbe, Herkunft und Behinderungen spielen dabei ebenso wenig eine Rolle, wie die sexuelle Orientierung. Die NPD hingegen macht die Würde des Menschen von „Volkstum und Kultur“ abhängig, erst aus dieser könne sich der Anspruch auf Würde konstituieren. Weiter heißt es: „Deswegen trägt der Staat [...] Verantwortung für das Volk.“ Der Staat soll also nicht weiterhin

die Rechte des Individuums schützen, sondern nur dem abstrakten Gebilde des Volkes verpflichtet sein.

## **„Du bist nichts, dein Volk ist alles.“**

Unter Volk versteht die NPD „eine geschichtlich gewachsene Sprach- und Kultur-, Schicksals- und Abstammungsgemeinschaft.“ Diesen biologischen [4] Volks-Begriff kennzeichnet, dass der NPD jeglicher Prozess recht ist, die angebliche Volksgemeinschaft des deutschen Volkes herauszustellen, die Menschen in dieser Volksgemeinschaft anzugleichen und nach außen abzugrenzen. Dies zeigt sich beispielsweise im Kommunalprogramm der NPD, wenn sie fordert „ein weiteres Auseinanderdriften in Klassen und Stände [zu] verhindern“. Nicht nur, dass sie damit die gesellschaftlichen Konsequenzen der bürgerlichen Produktionsweise leugnet, für die NPD sind soziale und gesellschaftliche Auseinandersetzungen per se unerwünscht. Getreu dem Motto „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, schwimmt der Einzelne im Volk und wird auch nur dann beachtet, wenn seine Interessenlage der des Volkes entspricht. Individuen oder Gruppen können

so beliebig zu „Volksschädlingen“ erklärt werden, da ein Staat nach der Vorstellung der NPD keine Verantwortung für sie zu tragen hat, sondern nur für das Volk. Es ist auch nicht verwunderlich, dass die NPD „fehlende Eliten“ beklagt, denn wie sollte das Volk sonst wissen, was es will? Diese Elitenherrschaft ist unmittelbar notwendig, um die Manövrier-masse Volk zu beherrschen. Während die entpersönlichten Bedürfnisse der Individuen auf den Nationalstaat projiziert werden, genießt die Führungselite (oder auch der Führer) totalitären Herrschaftsanspruch auf Grundlage der Volksgemeinschaft und politischen Entscheidungen wird lediglich durch Akklamation ein vermeintlich legitimer Rahmen verliehen.

## Mythos vom „alliierten Bombenholocaust“

Zur Konstruktion des Volkes ist es außerdem unentbehrlich einen Nationalismus zu entwickeln mit dem jeder\_jedem Einzelnen der Volksgemeinschaft eine unbeschränkte Identifikation möglich ist. Um dies zu bewerkstelligen, betreibt die NPD - auch wegen offensichtlicher Sympathie - eine Revision der Verbrechen des Nationalsozialismus. Dieser Geschichtsrevisionismus zeichnet sich durch eine Relativierung bis hin zur Leugnung der Shoa aus, die Aufrechterhaltung des Mythos der sauberen Wehrmacht, sowie die vermeintliche Unschuld des deutschen Volkes am Holocaust und seine Stilisierung zum

Opfer des „alliierten Bombenholocausts“. Die Neonazis fordern daher ein „Eingeständnis unserer früheren Gegner, daß die zielgerichtete Bombardierung der Zivilbevölkerung [...] Verbrechen sind, die auch heute noch geahndet werden müssen.“ Nicht nur, dass sich die NPD mit der Formulierung „unserer früheren Gegner“ ganz klar in der Tradition der NSDAP begreift, verschweigt sie zudem die Verbrechen von Wehrmacht, SA und SS „zum Schutz der Ehre des deutschen Volkes“. Sie missbilligt die Friedensverträge nach dem Zweiten Weltkrieg und proklamiert vielsagend: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik!“. Mit welchen Mitteln diese Restauration des Deutschen Reiches stattfinden soll, lässt die NPD gezielt offen.



„Arbeit für Deutsche“-Plakat der NPD in Gotha



Dresden 2009: „Nie wieder Bomben-Holocaust“-Transparent der NPD Sachsen (Bildquelle: [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de))



„Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn“-Transparent in Hildburghausen



## Familie statt „gefährdende Selbstverwirklichung“

Die Keimzelle des Volkes stellt für die Neonazis die Familie dar und zwar nicht nur wegen des vermeintlichen Geborgenheitsgefühls und „weil es ohne gesunde Familien kein gesundes Volk gibt“, sondern auch weil die Familie aufgrund des materiellen Zwangsverhältnisses am besten geeignet ist gesellschaftliche Zwänge und gängige Normen zu reproduzieren und anzuerziehen. Jegliche „gefährdende ‘Selbstverwirklichung’ und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus“ lehnt die NPD strikt ab. In der Familie soll der Nachwuchs auf seine zukünftigen Rollen im staatlichen Gefüge vorbereitet werden; eigene Charakteristika können nur ausgebildet werden, sofern sie für den Staat nützlich sind. Für die NPD wird die Frau wieder zur Gebärmutter, jeglicher Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper beraubt. Die Neonazis versuchen alles, damit Frauen ihre Hauptaufgabe wieder in der Familie finden und darin möglichst viele Kinder zu bekommen; denn ein kämpferischer Staat braucht möglichst viele Kämpfer\_innen. So ist es nicht verwunderlich, dass Frauen nach Vorstellung der NPD nicht länger

selber über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden dürfen und die NPD fordert, Frauen sollten „nicht aus finanziellen Gründen außerhalb der Familie arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.“ Frauen werden damit wieder auf ihre vermeintlich natürliche Rolle als Hausfrau und Mutter reduziert, denn Emanzipation, „eine unbedingte Folge des Wirkens der 68er Neomarxisten, gehörte mit uns der Vergangenheit an!“ und macht den „tatsächlich existierenden Gebärstreik der Frauen“ für die demografische Entwicklung verantwortlich. Nicht zu unterschätzen ist jedoch auch die biologistische Dimension der Familie im Sinne der NPD, denn schließlich ist sie die Produzentin des deutschen Volkes und der arischen Rasse. Deswegen sollte Kindergeld auch „nur an deutsche Familien ausbezahlt werden.“

## „Gute Heimreise“

Mit gerade einmal 2% Anteil ausländischer Mitmenschen an der Gesamtbevölkerung gehört Thüringen zu den deutschesten Bundesländern der BRD. Um so kruder muten die Überfremdungsängste der Neonazis an, die nur ein Deckmantel für ihre menschenverachtende Xenophobie sind. So ist

die NPD der Meinung: „Deutsche und Angehörige fremder Völker stehen sich [...] immer feindseliger gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Friede zunehmend gefährdet.“ Doch die angebliche Feindschaft und „Ghettoisierung“ gegen die sie hetzt, will die NPD fördern, wenn sie Integrationsmaßnahmen ablehnt. „Anders als das etablierte Blockparteienkartell setzt die NPD nicht auf Integration [...] Wir wollen, daß die hierher kommenden Ausländer ihre Sprache und Kultur behalten.“ Dadurch soll ausländischen Mitmenschen zusätzlich ein Leben in Deutschland erschwert und „die Rückkehr in ihre Heimatländer“ angeregt werden. Dies führt sogar zu der Forderung „endlich nach Ausländern und Deutschen getrennte Klassen einzuführen - Im Sinne von Lernklima und Entwicklung unserer Schüler.“ Mit „unseren“ Schüler\_innen sind logischerweise nur die deutschen Schüler\_innen gemeint. Diese Fremdenfeindlichkeit führt bei den Neonazis schließlich so weit, dass sie „die massenhafte Genehmigung von ausländischen Restaurants und Imbissen“ ablehnen. Ausländer genießen bei der NPD allgemein nur einen Gaststatus, das bedeutet auch, sich nicht anzumaßen Kritik üben zu dürfen. Wenn Asylbewerber\_innen gehen ihre miesen

Lebensbedingungen in den deutschen Flüchtlingslagern, die erwiesenermaßen zu psychischen Erkrankungen bei den Flüchtlingen führen, protestieren, verachtet dies die NPD als „Anmaßung“ oder auch als „Asylantendemos und andere Überflüssigkeiten“. Flüchtlinge haben gefälligst dankbar zu sein für ihre „Privilegierung in der Bundesrepublik Deutschland [...] und jedwede Form von überheblichem Protest schlicht und einfach zu unterlassen.“ Das Ziel ist ein Rede-, Meinungs- und Versammlungsverbot für nicht-deutsche Menschen in Deutschland. Die NPD droht Flüchtlingen direkt: „Die durch solche Aktionen strapazierte Gastfreundschaft könnte sonst ein jähes Ende finden.“ Ihre menschenverachtende Grundhaltung machen die Neonazis auch deutlich, wenn sie die mitunter lebensgefährliche Vorgeschichte der Flüchtlinge leugnen: „Für menschenwürdige Lebensverhältnisse sollten die hierhin ‘Geflüchteten’ in ihrer Heimat kämpfen. Wer dies mangels Idealismus nicht tun will und sich hier über die steuergeldfinanzierten Behausungen beschwerten möchte, sollte am besten woanders ‘hinflüchten.’“ Ihren Standpunkt fasst die NPD Thüringen sehr treffend auf ihrer Homepage zusammen: „Gäste müssen Gäste bleiben und Gäste

verabschieden sich eben nach einer Zeit auch wieder.“



*offen rassistisches Wahlplakat der NPD*

## „Europa der Vaterländer“

Die NPD teilt die Menschheit in unterschiedliche „Rassen“ ein, doch im Gegensatz zur NSDAP bezeichnet sie andere als die „arische“ Rasse nicht offiziell als minderwertig. Stattdessen vertritt sie nach außen einen Ethnopluralismus, den sie der Neuen Rechten entlehnt hat. Demnach sei es erstrebenswert, dass

nebeneinander verschiedene Staaten und Gesellschaften existieren, die jeweils „reinrassig“ sein sollten. Deshalb propagieren die Neonazis ein Europa der Vaterländer, „welches gesund, kräftig, sozial gerecht geordnet und in seiner nationalen Identität geschützt ist“. Dieses Konzept hat den Vorteil, dass es der NPD - zumindest theoretisch - auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Faschist\_innen ermöglicht. In der Praxis dagegen verachten die meisten einfachen NPD-Mitglieder alle Migrant\_innen und nichtdeutsche Menschen. Denn genau diese Vorstellung, allein aufgrund der eigenen Herkunft mehr wert zu sein als andere Menschen, macht die NPD und ihre Weltanschauung für einen Teil der Bevölkerung attraktiv - besonders in Zeiten wachsender sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit.

Die Neonazis bekennen sich „zur Anerkennung und Achtung der natürlichen Ungleichheit der Menschen“ und schließen dabei von der biologischen Verschiedenheit aller Individuen auf ihre vermeintliche gesellschaftliche, politische, soziale und juristische Ungleichheit. Dieses Konzept nennen sie „lebensrichtiges Menschenbild“. Die NPD versucht, ihre Gesellschaftsvorstellungen mit pseudo-wissenschaftlichen

Erkenntnissen zu begründen, überträgt dazu Erkenntnisse beispielsweise aus der Verhaltensforschung bei Tieren auf den Menschen und ignoriert, dass den Menschen gerade auszeichnet, dass er nicht nur Natur-, sondern auch Kulturwesen ist.



*geschichtsrevisionistisches, antisemitisches  
Transparent der NPD*

## Märchen vom „raffendem und schaffendem Kapital“

„Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun.“ Dieses Zitat des Antisemiten Richard Wagner macht den deutschen Arbeitsethos deutlich, den nicht nur die NPD, sondern auch weite Teile der deutschen Bevölkerung rezipieren [5] und der in seinem bedingungslosen Gehorsam in der Singularität [6]

der Vernichtungslager des Nationalsozialismus kulminierte [7]. Dieser Arbeitsethos wurde vornehmlich durch Luther geprägt, gemäß dem Spruch: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ In ihrem Parteiprogramm versucht die NPD pseudo-sozialistische, etatistische [8] und privat-kapitalistische Wirtschaftsauffassungen zu verbinden, indem einerseits ein freies Unternehmertum eingefordert wird, auf der andere Seite jedoch der staatliche Eingriff in die Wirtschaft bis zur Zentralverwaltungswirtschaft gebilligt wird. Der Grund für diese widersprüchlichen Positionen dürfte wohl darin liegen, dass die NPD bestrebt ist sowohl für Arbeiter\_innen und Kleinbürger attraktiv zu bleiben, sich historisch jedoch auch gezeigt hat, dass der Faschismus dem Kapital nützlich sein kann. Der ehrlichen, wertschaffenden, deutschen Arbeit wird eine spekulative, abstrakte, raffende Finanzsphäre gegenübergestellt. Mit dieser verkürzten Kapitalismuskritik wird der Kapitalismus allein auf die Finanz- und Zirkulationssphäre reduziert. Diese Attacke auf das nichtverstandene Abstrakte versucht jedoch gleichzeitig das Abstrakte zu vergegenständlichen, was antisemitische Stereotypen bedient. Es ist offensichtlich, dass der Angriff der NPD auf das „Großkapital“ zwangsläufig

mit dem politischen Antisemitismus verknüpft ist. Wenn Udo Voigt etwa von „raffendem und schaffendem Kapital“ spricht, greift er damit wörtlich die Formulierung der NSDAP auf. Gerade die vermehrte Propaganda um soziale Fragen bringt antisemitische Stereotype zum Vorschein, so z.B. in der Argumentationsbroschüre des NPD-Vorstandes: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärischen beschirmten Standort an der Ostküste der USA.“ (Dem Mythos nach befindet sich an der Ostküste der USA der Knotenpunkt der jüdischen Lobby.) Verkannt wird dabei, dass die Investitionen in der Produktionssphäre nicht weniger spekulativ sind, da der einzelne Kapitalist seinen Profit vorher nicht berechnen kann.

Ein weiterer beliebter Angriffspunkt der Neonazis ist der Zins. Doch der Zins ist kein sagemuwobenes Ding zur Knechtung der Menschheit, sondern der Tatsache geschuldet, dass in unserer Warengesellschaft auch das Geld zur Ware wird und unter kapitalistischen Bedingungen angenommen werden kann,

dass Geld - als Kapital eingesetzt - einen Mehrwert hervorbringt. Der Zins ist somit lediglich Teil des Mehrwerts und notwendig für das Funktionieren des Kapitalismus, der auch nicht durch die Abschaffung der Zinsen zu überwinden ist.

## Fußnoten:

[1] xenophob: fremdenfeindlich  
[2] Aufklärung: eine Epoche in der geistigen Entwicklung der westlichen Gesellschaft im 17. bis 18. Jahrhundert, die besonders durch das Bestreben geprägt war, das Denken mit

den Mitteln der Vernunft von althergebrachten, starren und überholten Vorstellungen, Vorurteilen und Ideologien zu befreien, die Akzeptanz für neu erlangtes Wissen zu schaffen und das Individuum in den Mittelpunkt des Denkens zu stellen.

[3] Soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, stammen alle nachfolgenden Zitate aus dem Parteiprogramm der NPD, dem Rahmenkommunalwahlprogramm Thüringen 2009 und der Homepage der NPD Thüringen.

[4] Biologismus: Weltanschauung, die menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Zusammenhänge über biologische Gesetzmäßigkeiten zu erklären versucht

[5] rezipieren: fremdes Gedankengut auf-

nehmen

[6] Singularität: Einzigartigkeit

[7] kulminieren: seinen Höhepunkt erreichen

[8] Etatismus: politische Position, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme durch staatliche Regelungen lösen will

## Literaturtipps:

**Toralf Staud:** Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Verlag Kiepenheuer&Witsch. (Derzeit kostenlos über die Landeszentrale für politische Bildung zu beziehen.)

**Apabiz:** Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)- Programm, Struktur, Personal und Hintergründe. (verfügbar unter: <http://www.apabiz.de/aktuell/NPDNeu.pdf>)

**Andrea Köpke / Andreas Speit:** Neonazis in Nadelstreifen - Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Ch. Links Verlag.

**Jonas Lanig / Marion Schweizer:** „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ - Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt. Verlag an der Ruhr.

**Christoph Ruf / Olaf Sundermeyer:** In der NPD - Reisen in die National Befreite Zone. C.H.Beck Verlag.

## NPD - geschichtlicher Abriss

Als die NPD im November 1964 gegründet wurde, war sie vor allem ein Club von Hitler-Verehrenden, die die Niederlage im Zweiten Weltkrieg betraueren. Mehr als 3/4 der damaligen Funktionäre waren während der NS-Zeit in der NSDAP, meist sogar in leitenden Positionen. Zur Bundestagswahl 1965 konnte die NPD bereits 2% der Wähler\_innenstimmen auf sich vereinigen. Bald eroberte sie erste Kommunalmandate und zog bis 1969 mit 61 Abgeordneten in insgesamt 7 Landesparlamente ein. In den Landesparlamenten war die Partei vor allem darauf aus, die Verfolgung von NS-Täter\_innen zu verhindern, indem sie die Zuschüsse für die zentrale Ermittlungsstelle für NS-Verbrechen streichen lassen wollte. Ihr Aufstieg ist vor allem darin begründet, dass sie sich die Abstiegsängste durch das Ende des Wirtschaftswunders zunutze machen konnte und ihr Ruf nach Ordnung und Sicherheit angesichts der teilweise militanten Student\_innenproteste bei Teilen der Bevölkerung gut ankam. Zugleich verpasste die NPD jedoch 1969 den Einzug in das Bundesparlament, da CDU/CSU durch nationalistische The-

men potenzielle NPD-Wähler\_innen abwarben. Mit der Wahlniederlage ging auch ein interner Spaltungsprozess und eine finanzielle Krise einher. Viele Mitglieder wanderten ab zur DVU oder spalteten sich in neu-rechte Zirkel und militante Neonazigruppierungen ab. Die Mitgliederzahl von einstmalig 30.000 sank bis 1996 auf nur noch 3.500. Nach der Wende versuchte die NPD auch in Ostdeutschland Fuß zu fassen, doch waren es lose, neonazistische Netzwerke, die das Entstehen einer militanten Neonaziskindhead-Szene in Ostdeutschland förderten, die schließlich in den Progromen von Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992 kulminierten. Die militanten Neonazi-Aktivist\_innen wandten sich auch zunehmend der NPD zu, da sie sich als legale Partei für weitere Aktivitäten im legalen Rahmen eignete. Die Jugendorganisation der NPD, die JN unter Holger Apfel, hatte sich bereits für eine Zusammenarbeit angeboten. Als 1996 Udo Voigt NPD-Vorsitzender wurde, öffnete er auch die NPD für ehemalige Kader von militanten Neonazi-Gruppen, die danach schnell bis in die

Parteiführung aufstiegen. Das Verbotverfahren 2001 gegen die NPD scheiterte bereits vor der ersten mündlichen Verhandlung aufgrund einer formalen Frage. Da bekannt wurde, dass sich V-Leute des Verfassungsschutzes in den Reihen der NPD befanden und die Behörden sich weigerten, deren Namen offen zu legen und prinzipiell nicht auszuschließen war, dass der Staat Einfluss auf die Partei genommen hatte, lehnten 3 der 7 Verfassungsrichter eine Fortsetzung des Verfahrens ab; dieses Minderheitenvotum genügte, um den Prozess zu beenden. Das Scheitern brachte der NPD einen erheblichen Imagegewinn, da sich der Glaube verbreitete, dass es sich bei der NPD nicht um eine verfassungsfeindliche Partei handle. Bei den V-Leuten handelt es sich auch keineswegs um eingeschleuste Agent\_innen des Staates, sondern lediglich um Informant\_innen, die sich gegen Geld dazu bereit gefunden haben. Wie sich zeigte, war es durchaus üblich, dass die gelieferten Informationen durch den Parteivorstand genehmigt wurden.

# Der Aufstieg der Thüringer NPD

## *Jüngere Entwicklungen und Chancen der NPD im Superwahljahr 2009*

„Die NPD wird die vierte Fraktion im Thüringer Landtag“ verkünden die Thüringer Faschisten aus der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) vollmundig seit Januar diesen Jahres. Es war ein langer Weg dahin, dies offen äußern zu können und dürfen. Die Partei hat in Thüringen einen beispiellosen Aufstieg erlebt. Innerhalb weniger Jahre wurde aus einem kaum aktiven Verband einer der aktivsten und best-organisierten Landesverbände in Deutschland.

Die Chancen für die NPD in Thüringen stehen gar nicht schlecht. Derzeit liegt sie bei Meinungsumfragen nur knapp unter der 5%-Hürde. Diese Hürde ist für die jüngsten Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 abgeschafft worden. Das heißt, dort wo die NPD antritt, hat sie den Sprung in das Kommunalparlament auch geschafft. Die Partei erreichte in den Kreisen, wo sie antrat Ergebnisse zwischen drei und gut fünf Prozent und setzte trotz leichter Enttäuschung erste Achtungszeichen.

Dabei sieht es derzeit gar nicht so rosig aus in der NPD. Die Partei ist zerstritten und musste mehrere Austrittswellen aushalten. Auch den angekündigten flächen-

deckenden Antritt zu den Kommunalwahlen musste die Partei zurück nehmen. Aus „flächendeckend“ wurden nur etwa die Hälfte der Landkreise und kreisfreien Städte. Nichtsdestotrotz, dort wo die NPD antrat, hat sie es geschafft zumindest ein oder zwei Politiker in die Kreistage zu entsenden. Der Einzug in den Thüringer Landtag dagegen steht auf der Kippe. Mit einer Menge Kraft und Glück können die Thüringer Antifaschist\_innen den Einzug noch verhindern und so eine politische Katastrophe für die alternative und migrantische Community im Freistaat verhindern.

### **Umgruppierungen im faschistischen Lager**

Der Aufstieg der Thüringer NPD kommt nicht von ungefähr. Er ist Ausdruck einer Verschiebung innerhalb des faschistischen Lagers in Thüringen vor einigen Jahren. In den Jahren 2004/05 erlebte die NPD im Freistaat einen ersten Mitgliederboom im Rahmen der Volksfrontbestrebungen. In diesen Jahren traten zahlreiche parteiungebunde Neonazis aus Thüringen

Kameradschaften der NPD bei. Zu diesem Zeitpunkt gab es ein aktives Netz faschistischer Kameradschaften, die sich im sogenannten „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW) und im Osten des Landes im „Thüringer Heimatschutz“ (THS) organisierten. Die in diesen Netzwerken organisierten Neonazis traten nach und nach der NPD bei. Heute sind nur noch wenige freie Kameradschaften in Thüringen verblieben, die sich nicht der NPD angeschlossen haben. Jene, die das betrifft arbeiten eng mit der Partei zusammen, um auch für sich Posten und Pöstchen in den politischen Vertretungen des Landes und der Kommunen zu ergattern bzw. um Parteigelder abzuwickeln.

Mit der Integration in die NPD deutete sich auch eine politische Veränderung an. Die aggressiven und offen faschistischen Kameradschaftsführer mussten Kreide fressen lernen. Die Partei wollte ein breiteres politisches Spektrum konservativer bis faschistischer Wähler gewinnen und mit deren Stimmen die Parlamente in Thüringen „erobern“. Und der Plan schien aufzugehen. Schon



zur Bundestagswahl 2005 erreichte die NPD mehr als ein Achtungsergebnis mit 3,7 Prozent der Zweitstimmen in Thüringen. 2002 erhielt sie nur knapp ein Prozent. Damit lag die Thüringer NPD bundesweit auf Platz zwei. Nur in Sachsen erhielt sie mehr und dort sitzen die NPD-Nazis bekanntlich schon im Landtag.

Die Thüringer NPD gab sich fortan betont bieder, hielt brav Distanz zu den aggressiven autonomen Nationalisten, die in Thüringen eh nur vereinzelt auftreten und dort wo sie auftreten, zum Beispiel in Meinungen, geben diese sich so dummlich, dass sie für ein Bündnis mit der sich professionalisierenden NPD gar nicht in Frage kommen.

Vor allem kommunalpolitisch versucht sich die NPD in einigen Landkreisen verstärkt zu engagieren. In Erfurt, dem Landkreis Gotha und dem Wartburgkreis erstellte sie sogar eine alle zwei Monate erscheinende Zeitung, in welcher sie um heruntergekommene Bahnhöfe, verkommene Stadtviertel und verschlissene Straßen weinte. Jene Zeitungen hatten Auflagen, um die 20.000 Exemplare und wurden nach einem ausgeklügelten System verteilt, um alle Haushalte abwechselnd zu erreichen. Lange Zeit gab die NPD diese Zeitungen nicht als NPD heraus, sondern als bürgerschaftlich en-

gagiertes Redaktionskollektiv. Ziel war es die Leser\_innen nicht gleich zu verschrecken. Die Neonazis versuchten über populistische kommunalpolitische Forderungen den Nerv eines großen ostdeutschen Klientels zu treffen. Nämliche jene Menschen, die von den Zumutungen des Kapitalismus überfordert sind und sich nach einfachen Antworten für ihre komplexen Probleme sehnen. Diese Rechnung scheint aufgegangen zu sein. Im Landkreis Gotha und dem Wartburgkreis gibt es die mitunter stärksten Thüringer NPD-Kreisverbände.

## Die NPD erhöht die Schlagzahl - Mitgliederkampagne

Im Jahr 2007 erlebte die NPD einen zweiten Mitgliederboom. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Partei sehr geschlossen auftrat und sich der kommenden Wahlerfolge sicher glaubte. Die Mitgliederkampagne sollte ein Paukenschlag werden, aber auch der bisherige Höhepunkt in Geschichte des Landesverbandes bleiben.

Bereits Ende des Jahres 2006 kündigte die NPD eine gezielte „Mitgliederwerbung“ an. In einem internen Strategiepapier waren Kosten in Höhe von 10.000 € aufgeführt. Die NPD ließ eine Kampagnenzeitung drucken mit einer Auflage von



Der am 6. Mai 1981 in Eisenach geborene **Patrick Wieschke** zählt zu den aktivsten Nazi-Kadern in Thüringen und bundesweit. Neben seiner offiziellen Tätigkeit als stellvertretender Landesvorsitzender, hauptamtlicher Landesgeschäftsstellenleiter und Pressesprecher der Thüringer NPD fungiert er oftmals auch als Anmelder und Redner auf neo-faschistischen Veranstaltungen. Wieschke ging in den vergangenen Jahren oftmals mit äußerster Gewalt gegen seine politischen Gegnerinnen und Gegner vor. So war er 2000 an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach beteiligt. Nachdem er eine daraus resultierende Haftstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten verbüßt hatte, nahm er seine politische Tätigkeit für die NPD wieder auf. Wieschke ist eine Schlüsselfigur der Thüringer NPD und sitzt seit den Kommunalwahlen 2009 im Stadtrat von Eisenach.



Kaum einer der in Thüringen politisch aktiven Neo-Nazis dürfte eine solche Karriere hinter sich haben wie **Frank Schwerdt**. Der 1944 in Berlin geborene, jetzige Landesvorsitzende der NPD Thüringen und stellvertretende Bundesvorsitzende, wurde bereits in den 1960er Jahren in der faschistischen Szene in Berlin aktiv. Sein politischer Findungsprozess führte ihn in den folgenden Jahren von der NPD über die CDU, die Republikaner und die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, schlussendlich wieder zurück in die NPD. Schwerdt wurde zur Landtagswahl 2009 als Spitzenkandidat der NPD Thüringen aufgestellt. Dies verwundert nicht nur seine politischen Gegner\_innen, sah sich Schwerdt in den letzten Jahren doch des Öfteren mit Vorwürfen konfrontiert, er arbeite für den Thüringer Verfassungsschutz. Schwerdt sitzt seit den Kommunalwahlen 2009 im Stadtrat von Erfurt.

300.000 Exemplaren, genug für jeden dritten Haushalt. Außerdem erstellte die Partei verschiedene Programmflugblätter, Jugendflyer und eine Broschüre. Von den geplanten mehr als 100 Infoveranstaltungen und dutzenden Mahnwachen und Kundgebungen blieben beeindruckende etwa 100 Veranstaltungen in ganz Thüringen innerhalb weniger Wochen. Nach Angaben der NPD hatte die Partei schon innerhalb eines Monats mehr als 50 neue Mitglieder zu verzeichnen. Im Sommer 2007 hatte die Partei, eigenen Angaben zufolge, bereits mehr als 500 Mitglieder in Thüringen und somit die Grünen überholt.

Dass das beachtliche Ergebnis der Mitgliederoffensive der Thüringer NPD „nur“ einige dutzend Neumitglieder waren, ist nicht zuletzt jenen Antifaschist\_innen zu verdanken, die nicht müde wurden, sich jedem öffentlichen Auftritt der Neonazis couragiert in den Weg zu stellen. Nicht wenige NPD-Aktionen wurden blockiert, verhindert und massiv gestört.

Während der Mitgliederoffensive im Sommer 2007 schien sich die zunehmende Professionalisierung der Partei bezahlt zu machen. Doch das Blatt sollte sich wenden.

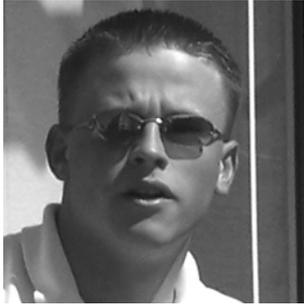
## **Hitziger Machtkampf und ...**

Im Sommer 2007, nach der Mitglieder-

offensive, in der die NPD ihre Kampagnenfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis stellte, schienen die Wahlerfolge im Wahljahr 2009 schon sicher zu sein. Es schien als könne sich die Partei nur noch selbst aufhalten. Und wie es so oft in faschistischen Kreisen ist, wenn ein geliebter Führer nicht in Sicht ist und es um die Teilung der Macht geht, so war es auch in der Thüringer NPD eine Melange aus Neid, Sendungsbewusstsein und gegenseitigem Misstrauen, das zu Konflikten führte.

Es ging unter anderem um die Aufteilung der Posten und Pöstchen nach dem sicher geglaubten Wahlsieg 2009, die eine Opposition in der Thüringer NPD wachsen ließ. Der Landesvorstand bestand bis 2008 weitgehend aus alten Kadern und war den aktuellen Entwicklungen und Zuwächsen vor allem im Erfurter und Weimarer Kreisverband noch nicht gerecht geworden. Die alte Führung, um Patrick Wieschke aus Eisenach, Frank Schwerdt aus Berlin, Sebastian Reiche aus Gotha und Ralf Wohlleben aus Jena war auf die Sicherung der eigenen Macht und die Fortführung des eingeschlagenen Kurses aus. Hinter ihnen standen auch Teile der in Thüringen kaum noch existenten „Freien Kräfte“. Die Herausforderer der alten Führung des Landesverbandes waren Kai-Uwe Trinkaus, Kreisverbandsvorsitzender aus Erfurt, Thorsten Heise,





**Sebastian Reiche** ist ein organisierter Neonazi aus Gotha und sitzt seit den Thüringer Kommunalwahlen 2009 für die NPD im Kreistag von Gotha. Er war vor seinem Einstieg bei der NPD der führende Kader des Kameradschafts-Netzwerkes "Thüringer Heimatschutz". Reiche studierte seit 2003 an der TU Ilmenau angewandte Medienwissenschaften. Hier wurde er vor einigen Monaten durch engagierte Antifaschist\_innen „geoutet“. Es wurde gefordert, Reiche unverzüglich zu exmatrikulieren. Die Uni-Leitung übte sich hierbei allerdings in falscher Toleranz und verharmloste die neofaschistische NPD als eine normale, nicht-verbotene Partei und verleugnete ihre rassistischen, antisemitischen und faschistoiden Ziele. Vor wenigen Wochen bekam Reiche sein Diplom.

Kreisvorsitzender aus dem Eichsfeld und Jan Morgenroth, Kreisverbandsvorsitzender aus Weimar.

Auf dem Landesparteitag am 12. April 2008 in Ronneburg stellten die Herausforderer, in den aufgeheizten Szene-Debatten auch „Putschisten“ genannt, die Machtfrage.

### ... Schlammschlacht

Schon im Vorfeld des Wahlparteitags für den Thüringer NPD-Vorstand lief eine in dem Ausmaß kaum erwartbare Schlammschlacht in der Thüringer NPD an. Die alte Landesführung um Patrick Wieschke und Frank Schwerdt wollte wohl ganz sicher gehen, das Ruder nicht aus den Händen geben zu müssen. Aus allen Rohren wurden die „Putschisten“ Trinkaus und Heise verbal mit Dreck beworfen. Als williger Handlanger der etablierten Landesführung erwies sich Thomas Gerlach, „freier Nationalist“ aus dem Altenburger Land. Auf seiner vielfrequenz-tieren Homepage sowie auf Altermedia, dem bekanntesten deutschen Internetportal der Faschist\_innen, zog er gegen Trinkaus und Heise ins Felde. Kai-Uwe Trinkaus, der von der ehemaligen PDS in die NPD wechselte, wurde als „Stasi-Spitzel“ und ehemaliges SED-Mitglied denunziert. Thorsten Heise wurde als Tau-

genichts und böser Kapitalist „entlarvt“, da er einen Internetversandhandel betreibt. Die Hetze gegen die „Putschisten“, die mittlerweile u.a. die Kreisverbände Erfurt, Weimar, Eichsfeld, Hildburghausen und Saalfeld-Rudolstadt hinter sich hatten, schien aufzugehen.

Auf dem Landesparteitag am 12. April 2008 in Ronneburg unterlagen die Herausforderer knapp und die alte Landesführung setzte sich durch. Frank Schwerdt blieb Vorsitzender der Thüringer NPD, Patrick Wieschke wurde sein Stellvertreter. Mehr noch: Die Fraktion, um die „Putschisten“ wurde förmlich abgestraft und gedemütigt. Jan Morgenroth und Thorsten Heise verloren ihre Plätze im Landesvorstand. An ihre Stelle traten treue Gefolgsleute des etablierten Vorstandes. Der Riss in der NPD wurde immer offensichtlicher. Im Mai 2008 wurde eine der Schlüsselfiguren des Landesvorstandes an den Pranger gestellt, Patrick Wieschke. Im Internet wurde Wieschke als machtgeil und gewalttätig gegenüber den eigenen Kameraden bezeichnet. Außerdem tauchten Bilder auf, die Wieschke auf einem Sextrip in Osteuropa zeigen sollten. Der von den homophoben Neonazis als „Homo-Exzess“ bezeichnete Ausflug, zeigt Wieschke tatsächlich mit einigen Kameraden aus dem engsten Umfeld. Die Bilder zeigen Wieschke u.a.

beim Küssen mit Marco Schwarz, beim angetäuschten Oralsex mit Tobias Kammler und möglicherweise danach mit einer weißen Substanz am Mundwinkel.

Auf zahlreichen Internetplattformen und Foren der Neonaziszene wurden die Bilder kontrovers diskutiert. Während Wieschke versuchte die Eskalationsstufe so gering wie möglich zu halten, schien die Denunziation für einige nicht schnell genug gehen zu können. Es sollte zunächst der Höhepunkt der Schlammschlacht bleiben. In den nächsten Monaten machten Wieschke und co. kurzen Prozess mit den „Putschisten“.

## Ende des Machtkampfes

Für die Thüringer NPD endete der Machtkampf in Thüringen vorerst glimpflich. Thorsten Heise, der 2008 im Bundesvorstand der NPD bestätigt wurde, blieb der Partei zunächst treu. Ebenso Jan Morgenroth aus Weimar, der mit einem Sitz im Thüringer Landtag für seinen Verrat an der Fraktion der „Putschisten“ belohnt werden sollte. Nur für einen führenden Dissidenten, nämlich Kai-Uwe Trinkaus, endete die Karriere in der NPD. Trinkaus gründete mit „PRO Thüringen“ eine Konkurrenzorganisation zur NPD und wurde folglich aus der Partei ausgeschlossen. Mit ihm verließen auch zahl-

reiche seiner Anhänger die NPD.

Mittlerweile soll es neben der von Trinkaus geführten Ortsgruppe „PRO Erfurt“, auch Kreisverbände in Weimar und im Ilmkreis geben sowie einen Ableger in Hildburghausen.

Der Machtkampf in der Thüringer NPD war damit vorerst beendet. Was nicht heißt, dass die ehemaligen „Putschisten“ still geworden sind. Kai-Uwe Trinkaus funktionalisierte sogar die ehemalige Website der Erfurter NPD zu einer Lästert homepage gegen die derzeitige NPD-Führung um.

Zunächst möchten wir nun eure Aufmerksamkeit auf den zwischen NPD und DVU bestehenden Deutschlandpakt lenken, denn ohne ein Umdenken der DVU wäre ein Antritt der NPD zur Landtagswahl in Thüringen so gar nicht denkbar gewesen.

## Aufweichung des Deutschlandpaktes

Am 15. Januar 2005 schlossen die beiden größten neofaschistischen Parteien Deutschlands, die NPD und die Deutsche Volksunion (DVU), ein Bündnis, in welchem sie fortan vermeiden wollten bei Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene konkurrierend gegeneinander anzutreten und sich so gegenseitig Stimmen zu kosten. Später trat dem Bündnis noch die kleinere Deutsche



Als weitere bedeutende Figur des Neofaschismus in Thüringen ist **Ralf Wohlleben** zu benennen. Der aus Jena stammende Neonazi hat sich in den letzten Jahren vermehrt als Anmelder von Veranstaltungen und Aufmärschen der NPD, als auch der „Freien Kräfte“, einen Namen gemacht. Auch juristisch gesehen ist der ehemalige stellvertretende Thüringer NPD-Vorsitzende und Chef der Jenaer NPD kein unbeschriebenes Blatt: Im Jahre 2000 wurde er wegen Nötigung und Körperverletzung verurteilt. 2007 folgte ein weiteres Gerichtsverfahren mit dem Tatbestand „übler Nachrede“. Auch in diesem Verfahren wurde Wohlleben als schuldig befunden. Wohlleben distanzierte sich in den letzten Monaten zunehmend von der NPD und wandte sich den militanteren „Freien Kräften“ zu.





Partei (DP) bei. Dagegen lehnten andere völkisch-konservative Parteien, wie die Republikaner, das Bündnis ab. Laut diesem sogenannten „Deutschlandpakt“ war Thüringen zur Landtagswahl 2009 eigentlich als DVU-Land deklariert. Doch eben jene DVU verfügt in Thüringen weder über funktionierende Strukturen, noch über genügend Mitglieder, um einen Landtagswahlkampf führen zu können. Die Thüringer NPD dagegen erlebte bis 2007 einen enormen Mitgliederzuwachs und etliche neue Landesverbände gründeten sich. Die NPD schien sich nur noch selbst aufhalten zu können. Dem Antritt zur Landtagswahl und dem zu dieser Zeit sicher geglaubten Einzug in den Thüringer Landtag stand nur noch der Deutschlandpakt und die störrische DVU im Weg. Intern mobilisierte die Thüringer NPD längst gegen den Deutschlandpakt, während man sich mit öffentlichen Äußerungen weitgehend zurückhielt. Schon im Herbst 2006 stellte Wieschke zwei Anträge an den Landesvorstand. Wieschke wollte, dass die Thüringer NPD darauf hinwirkte, dass die NPD statt der DVU zur Landtagswahl 2009 antrete, notfalls sogar gegen die DVU. Das bedeutet, Wieschke nahm notfalls den Bruch des Deutschlandpaktes in Kauf. Mehr noch: Wieschke sprach gar von „weltanschaulichen Unterschieden“, wegen derer die NPD nicht auf der Liste der DVU antreten könne, d.h. im Klartext

nichts anderes als einen Boykott der DVU. Dass es dazu nicht kommen musste, dafür sorgte das späte Einlenken der DVU. Anfang des Jahres gab der DVU-Vorstand offiziell bekannt, dass man in Thüringen der NPD den Vortritt lasse. Einzige Gegenleistung war ein sicherer Listenplatz für den DVU-Lokalpolitiker aus Lauscha, Uwe Bätz-Dölle.

Die Aufweichung des Deutschlandpaktes ist ein Zeichen für die laufenden Verschiebungen im faschistischen Lager in Deutschland. Die aktive NPD macht gegenüber der alternden DVU immer weiter an Boden gut und hat sie im Osten Deutschlands nun fast ganz als faschistische Kraft abgelöst.

## Zur Landtagswahlliste

Am 7. Februar 2009 wählte die Thüringer NPD in Kirchheim (Ilmkreis) ihre Landesliste für Landtagswahl. Angeführt wird die Liste vom NPD-Landesvorsitzenden und frisch gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD, Frank Schwerdt. Listenplatz zwei bekommt, wie schon weiter oben angesprochen Uwe Bätz-Dölle von der DVU. Als zweiter Kandidat der DVU steht Walter Beck auf der Landesliste, auf einem allerdings aussichtslosen 12. Platz. Auf Platz drei der Landesliste steht Sebastian Reiche, NPD-Kreisvorsitzender aus Gotha. Interessant

ist auch Listenplatz vier: Jan Morgenroth aus Weimar. Er war einer jener oben bereits angesprochenen „Putschisten“ um Kai-Uwe Trinkaus. Es scheint als habe man sich Morgenroth in die Reihen der Etablierten zurückgekauft. Auf einschlägigen Internetseiten der faschistischen NPD-Kritiker um Trinkaus, wird Morgenroth u.a. als Verräter bezeichnet und das ist noch einer der schmeichelhaftesten Ausdrücke. Da wir euch hier nicht weiter mit Namen langweilen wollen, zu denen ihr wahrscheinlich keinen Bezug habt, nennen wir hier nur noch den letzten sicheren Kandidaten, sollte die NPD die 5%-Hürde zur Landtagswahl knacken: Peter Nürnberger, Kreisvorsitzender des Landesverband Altenburg. Es gibt in der Landesliste weitere Auffälligkeiten, die noch für Zündstoff sorgen dürften. So sind zum Beispiel, die sogenannten „Freien Kräfte“, die ihre Hilfe für die NPD so großspurig angekündigt hatten, kaum auf der Liste vertreten. Lediglich auf den völlig aussichtslosen Plätzen 14 und 15 finden sich parteilose Kandidaten. Auffällig ist weiterhin, dass bestimmte Kreisverbände, wie Hildburghausen oder Jena gar nicht mit Kandidaten auf der Liste auftauchen, andere dagegen überrepräsentiert scheinen, wie der Wartburgkreis. Es zeigt sich, dass der etablierte Landesvorstand versucht hat, den Kompromiss mit ehemaligen Abweichlern und der DVU zu finden. Es

scheint ihm aber misslungen zu sein, eine ausgewogene Liste zusammenzustellen. Ein weiterer Grundstein für Zerwürfnisse war also gelegt.

## Es bröckelt...

Wer den oben beschriebenen Prozess verfolgt hat, den wird es nicht wundern, dass die NPD nun im Wahljahr die ersten Zerfallserscheinungen zu beklagen hat. Glaubt man den Meldungen der NPD-Gegner\_innen um Kai-Uwe Trinkaus, so leidet die NPD akut unter Mitglieder-schwund und der Landesvorstand an Rückhalt innerhalb des Landesverbandes. Bei der Sammlung der notwendigen Unterstützer\_innenunterschriften, die für den Wahlantritt nötig sind, scheint es ebenfalls einige Probleme zu geben.

Am 20. Februar 2009 traf sich der Hildburghäuser NPD-Chef Tommy Frenck mit den NPD-Dissidenten Kai-Uwe Trinkaus und dem ehemaligen Bundesvorsitzenden und Holocaustleugner Günther Deckert. Grund für das bizarre Zusammentreffen war das Verbot vom Landesvorstandes der NPD an den Kreisverband Hildburghausen, zur Kommunalwahl anzutreten. Die vorgeschobene Begründung für dieses Antrittsverbot war das Fehlen des Kreisvorstandes um Tommy Frenck zu kommunalpolitischen Schulungsveranstaltungen seiner Partei. Wahrscheinlicher ist aber,

dass sich der Landesvorstand nicht die Blöße geben wollte mit den Irrlichtern aus Hildburghausen einen Wahlkampf zu bestreiten, geschweige denn Kommunalpolitik. Frenck gilt im Thüringer Landesverband als Außenseiter. Er bescherte seiner Partei schon den einen oder anderen Skandal. Zum Beispiel als er im Frühjahr 2005 in einem Interview mit dem Freien Wort beteuerte, Roberto Blanco abschieben zu wollen. Zudem gelten die Hildburghäuser Neonazis als stark gewaltbereit. Sie verkörpern damit nicht das biedere Bild, um welches sich die NPD bemüht. Die Reaktion von Frenck auf dieses Verbot ließ nicht lange auf sich warten. Der gesamte Kreisvorstand, und mit ihm vermutlich fast der gesamte Kreisverband, traten geschlossen aus der NPD aus und gründeten zusammen mit Kai-Uwe Trinkaus eine an den „PRO“-Vereinen orientierte Initiative namens „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ (BZH), mit der sie auch an der Kommunalwahl teilnahmen und einen Sitz im Kreistag bekamen. Tommy Frenck sitzt als nun als Abgeordneter im Kommunalparlament.

Die Mitgliederzahl der NPD Thüringen dürfte derweil wieder bei etwa 350 liegen.

## Realistische Chancen?

Zur den Kommunalwahlen am 7. Juni trat die Thüringer NPD in nur sieben



Mit **Kai-Uwe Trinkaus** stellen wir einen Nazi-Kader vor, wie er in der neofaschistischen Szene nicht umstrittener sein könnte. Trinkaus hatte sich in den letzten Jahren einen Namen durch sein Engagement als Chef der NPD in Erfurt gemacht. Im Jahr 2008 forderte er zusammen mit Thorsten Heise und einigen anderen die etablierte Thüringer Parteiführung heraus und bewarb sich um den NPD-Vorsitz. Er unterlag, doch die Risse in der Thüringer NPD blieben. In den folgenden Monaten wurde Trinkaus aus der Partei geworfen und gründete mit „PRO Thüringen“ eine Konkurrenzorganisation, die bisher recht wirkungslos blieb. Trinkaus bewährte sich als Spaltpilz. Er verfolgte fortan die Entwicklungen in der Thüringer NPD kritisch und versuchte dort wo es möglich war die NPD auseinanderzutreiben.



Kreisverbänden (Eichsfeld, Nordhausen, Kyffhäuser-Kreis, Wartburgkreis, Gotha, Sonneberg, Greiz) und vier kreisfreien Städten (Eisenach, Gera, Erfurt, Weimar) an. Die großspurigen Ankündigungen aus den Vorjahren, man werde flächendeckend in Thüringen antreten, hielten der Realität nicht stand. Nichtsdestotrotz ist der Einzug der NPD überall dort geglückt, wo sie antrat, was zumeist auf die fehlende 5-Prozent-Hürde zurückzuführen ist. Für 25 Mandate reichte es thüringenweit, das sind 24 mehr als in der vorherigen Legislatur. Und trotzdem, die NPD scheiterte fast überall an ihrem gestecktem Ziel. Lediglich in Eisenach kam sie über 5 Prozent (5,1%).

Das muss sich bis zur Landtagswahl am 28. September ändern. Hier muss die NPD die 5-Prozent-Hürde knacken, um in

den Landtag einzuziehen. Derzeit scheint das möglich, auch wenn die NPD durch die inneren Streitereien geschwächt ist. Es scheint ihr derzeit nicht zu gelingen, sich ausreichend ins Bewusstsein bzw. ins Gespräch der Thüringerinnen und Thüringer zu bringen. Das könnte sich nun nach den ersten kleinen Kommunalwahlerfolgen aber schlagartig ändern. Die NPD wird versuchen, sich auch auf Landesebene wieder als die einzige politische Alternative zur derzeitigen Misere darzustellen. Ob sie dabei bei ihrem hauptsächlichen Wahlklientel, den in prekären sozioökonomischen Verhältnissen lebenden Unzufriedenen, auf offene Ohren stößt, müssen wir abwarten. Potenzielle NPD-Wähler\_innen zumindest gibt es in Thüringen weit mehr als 5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Laut

einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2006 gelten in Thüringen ca. 22 Prozent der Bevölkerung als ausländergefeindlich, ein in Ostdeutschland noch vergleichsweise niedriger Wert. Fast 11 Prozent der Bevölkerung ist in antisemitischen Denkstrukturen verfangen, der deutschlandweit zweithöchste Wert (Bayern: 16,4 Prozent). 5,4 Prozent der Thüringer befürworten demnach eine Diktatur und 6,5 Prozent verharmlosen den Nationalsozialismus. Es ist also keine Frage der Ideologie mehr, wann die NPD in Thüringen auch parlamentarisch Fuß fassen kann. Faschistisches Gedankengut ist in Thüringen und bundesweit in beängstigendem Maße verbreitet. Die NPD könnte zum Katalysator dieses irrationalen Hasses auf alles Fremde und Abstrakte werden.

## Literaturtipps:

**Max Bauer:** „Nichts eint so sehr wie Erfolg“, erschienen im Antifaschistischen Infoblatt (AIB) # 82, Frühjahr 2009, S. 12f

**Jan Schwab:** „Steht Thüringen auf der Kippe?“, erschienen auf [Netz-gegen-Nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de), 11. März 2009: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/steht-thueringen-auf-der-kippe>

**Martina Renner:** „Mit Gewalt in die Parlamente – Die Thüringer NPD vor dem Superwahljahr 2009“, erschienen in Der Rechte Rand # 113, Juli/August 2008: [http://www.martinarenner.de/uploads/media/DRR\\_Nr.\\_113.doc](http://www.martinarenner.de/uploads/media/DRR_Nr._113.doc)

**Martina Renner:** „Aus der Mitte des Dorfes“, erschienen in der Tageszeitung „Junge Welt“, 14. Juni 2007: <http://mobit.org/Artikel/2007/JW140607.htm>

# Zur Kritik der Demokratie ...

## ... und zur Notwendigkeit der Emanzipation von Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft

Alle vier oder fünf Jahre werden wir, vorausgesetzt „wir“ sind deutsch und volljährig, an die Wahlurnen gebeten, um den Bürgermeister, Landrat oder Abgeordnete in irgendein Parlament zu wählen. Es ist die Spielart der parlamentarischen Demokratie, dass alle paar Jahre, diejenigen gewählt werden dürfen, die stellvertretend für uns wichtige Entscheidungen treffen. Das ganze nennt sich dann Volksherrschaft bzw. Demokratie. Dabei sind die Möglichkeiten, die die „Volksvertreter“ unter dem Diktat des Kapitalismus treffen können, äußerst beschränkt. Egal welche bürgerliche Partei auch regiert, am Gesamtdrama, dem Kapitalismus, wird sich nichts ändern. Die Wahlen geben den Menschen das Gefühl über ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Dabei bestimmen die Menschen zwar über ihre Verhältnisse, „aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Karl Marx) [1]

### Was ändern Wahlen?

Habt ihr euch auch schon einmal gefragt, warum ihr an Wahlsonntagen überhaupt

den Weg zum Wahllokal antretet? Habt ihr auch schon das Gefühl gehabt eure Stimme ändert eh nichts und ob nun SPD oder CDU den Ton angeben, das Ergebnis nähme sich sowieso nichts? Wenige Stunden später müsst ihr trotzdem wieder schuften gehen und um eure soziale und ökonomische Situation wäre es nicht besser bestellt? Damit seid ihr nicht allein. Uns geht es genauso und wir meinen dieses Gefühl ist völlig berechtigt.

Eine tiefgreifende Veränderung ist in der Demokratie gar nicht angelegt. Es sind die ökonomischen Zwänge, die Menschen in das System der Lohnarbeit zwingen. In diesem System verbringt ein arbeitender Mensch den wesentlichen Teil seines Tages mit der Lebensbewältigung, also Lohnarbeit und eigener Reproduktion (Essen, Hygiene, Schlaf, soziale Interaktionen). Er ist gezwungen seine Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, will er ein gutes Auskommen erreichen. Für die politische Betätigung und Bildung fehlt oft die Zeit und die Kraft und so verkümmert das politische Engagement vieler Menschen auf ein Kreuzchen alle paar Jahre. Das jetzige ökonomische System erscheint den Menschen als natürlich. Zum einen weil es seit sie denken können so ist

und auch weil es im kollektiven Gedächtnis nie anders war. Zum anderen, weil sich die Menschen kein System fern der Marktwirtschaft vorstellen können.

Dabei ist dieser heutige Zustand nur das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses. Er ist keine vorgesellschaftliche Voraussetzung für die Gesellschaft, sondern das Ergebnis einer gesellschaftlichen Entwicklung. [2] Und nicht nur das. Dieses System der Marktwirtschaft ist zugleich der Garant einer künstlich geschaffenen Armut. So ist es nur in der Marktwirtschaft denkbar, dass täglich tausende Menschen auf der Welt verhungern und dass Menschen in einem reichen Land, wie Deutschland, in Armut leben. Dabei ist es längst möglich alle Menschen weltweit zu ernähren und darüber hinaus weitere menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Doch für jene Menschen ist im globalen Kapitalismus kein anderer Platz vorgesehen.

### Trennung zwischen Politik und Ökonomie

Dieser Missstand jedoch steht in der Demokratie gar nicht zur Debatte. Die Marktwirtschaft wird nicht in Frage





gestellt. Die Trennung zwischen Ökonomie und Politik ist der Demokratie eigen. Die Ökonomie folgt demnach ihren eigenen, als natürlich wahrgenommenen Gesetzen. Diesen Gesetzen hat sich die Politik zumeist unterzuordnen. Einen scheinbaren Unterschied merken wir in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Ist die Marktwirtschaft einmal dabei vor den Baum zu fahren, ist die Politik bzw. der Staat gefragt und die Trennung zwischen Ökonomie und Politik scheinbar aufgehoben. Allerdings nicht im positiven Sinne, sondern zum Zwecke der Wiederherstellung der alten Ordnung. Daran ändern auch keine regulierten Managergehälter und Pseudoverstaatlichungen etwas. Die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse sind durch politische Maßnahmen der bürgerlichen Demokratie nicht zu verändern. Rosa Luxemburg, eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiter\_innenbewegung, hat das einmal treffend so formuliert: „Alle Grundverhältnisse der kapitalistischen Klassenherrschaft lassen sich durch gesetzliche Reformen auf bürgerlicher Basis deshalb nicht umgestalten, weil sie weder durch bürgerliche Gesetze herbeigeführt, noch die Gestalt von solchen Gesetzen erhalten haben.“ [3] Die kapitalistische Produktionsweise, die den Menschen als so natürlich erscheint, ist nicht durch

ein bürgerliches Gesetz hergestellt. Sie ist aus einem geschichtlichen Prozess heraus entstanden und wird durch die bürgerliche Demokratie nicht hinterfragt. Und um es an dieser Stelle ausdrücklich zu sagen: Die kapitalistische Produktionsweise ist Menschenwerk und als solches auch positiv aufhebbar.

Die Demokratie muss innerhalb der von der kapitalistischen Ökonomie gesetzten Grenzen verbleiben. Werden diese Grenzen überschritten, haben die Verbände des Kapitals enorme Druckmittel, wie beispielsweise die Begrenzungen von Investitionen, Abzug von Kapital oder Einschränkung von Produktion. Das wiederum schadet der Volkswirtschaft des jeweiligen Landes und wirkt auf die Lebensqualität zurück. Der Staat ist auf eine blühende Wirtschaft angewiesen und kann es sich nicht leisten durch das Kapital sanktioniert zu werden. So können ohne Weiteres sozialistische Experimente, wie das der 1980er Jahre in Frankreich zu nichte gemacht werden, eben durch oben beschriebene Druckmittel. In Frankreich entschied man sich zu dieser Zeit das Wirtschaftsmodell auf ein binnenmarkt-orientierteres umzustellen, d.h. sich mehr und mehr vom globalen Markt zu lösen und durch Staatsinterventionen (höhere Mindestlöhne, Verstaatlichungen, mehr Staatsinvestitionen, stärkere Regulierung)

gen) die Binnennachfrage zu steigern und so den Bürger\_innen des Landes eine höhere Lebensqualität zu garantieren. Das Experiment scheiterte, da die Mechanismen des freien Marktes die französische Wirtschaft „abstrafte“ mit Kapitalflucht und Rückgang von Investitionen. Das Resultat war ein drastischer Einbruch der französischen Wirtschaft und eine enorme Verschuldung des Staates. Deutschland fährt die entgegengesetzte Politik. Hier werden Arbeitnehmer\_innenrechte und Einkommen so stark beschnitten, dass sich multinationale Unternehmen bevorzugt in Deutschland ansiedeln, da man hier günstiger produzieren kann. Der Exportweltmeister Deutschland versucht durch eine klar exportorientierte Wirtschaftspolitik sprichwörtlich Kapital zu schlagen. Die Verlierer sind dabei mittelfristig die Arbeitnehmer\_innen und Arbeitslosen. Auf Dauer, so wird betont, wirkt der so entstandene Reichtum auf alle zurück. Am sozialistischen Experiment in Frankreich wird ersichtlich, dass sich die kapitalistische Ökonomie nicht einfach außer Kraft setzen lässt durch ein Mehr an Staat. Diese als Keynesianismus nach ihrem Begründer John Maynard Keynes benannte Politik ist nicht mehr als ein Versuch, die Zumutungen des Kapitalismus zu reduzieren.

## Der machtlose Souverän

In der Demokratie soll die wählende Bevölkerung der Souverän, also Inhaber der Staatsgewalt, sein. Dieser Souverän soll die Gesellschaftsgestaltung vornehmen. Im Falle der parlamentarischen Demokratie wählen die Menschen Vertreter\_innen, die das in ihrem Namen tun. In der bürgerlichen Gesellschaft und Demokratie jedoch übernehmen die Politiker\_innen die Verantwortung für von ihnen gar nicht Gestaltbares. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Politiker\_innen bewegen, haben so enge Bahnen, dass von einer freien Gestaltbarkeit der Gesellschaft keine Rede sein kann. Demokratische Politiker\_innen machen aus dieser Not eine Tugend, denn wenn sie die Verhältnisse schon nicht verändern bzw. machen können, so können sie sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten wenigstens steuern. Und nichts anderes ist es, wenn die Krisenpolitik der kapitalistischen Länder bei der derzeitigen Krise des Kapitalismus und im Angesicht der immer größeren Armut von immer mehr Menschen nicht daran denkt, die Marktwirtschaft aufzuheben. Die Suche nach einer Wirtschaftsweise, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht, ist nicht in deren Sinne,

sondern lediglich die Herstellung des status quo, selbst, wenn in der Krisenlösung schon die Ursache für die nächste Krise schlummert.

## Du hast die Wahl?

Zu den Wahlen erhalten die Menschen die Gelegenheit sich ohne großen Aufwand gesellschaftlich zu betätigen und

scheinbar auch die Möglichkeit über ihre Geschicke selbstbestimmt zu entscheiden. Dabei wählen die Menschen nur die Regierenden, die weniger über die Verhältnisse bestimmen können, als über die Wähler\_innen, die mit ihnen auch das politische System legitimieren. Die Wahl zeigt zudem einen tiefen Pessimismus gegenüber der Bevölkerung, der man direktere Mitbestimmung verwehrt.





Um eine direkte Gestaltung der Gesellschaft zu ermöglichen, ist es jedoch auch notwendig sich beispielsweise von schönem Unterhaltungsfernsehen, wie "Deutschland sucht den Superstar", "Bauer sucht Frau" oder "Germanys next Top-Model" und dem Suchen nach einfachen Antworten auf komplexe politische Probleme (Stichwort Überfremdung oder Volksgemeinschaft durch faschistische oder konservativ-populistische Kreise) zu emanzipieren und stattdessen die politische Bildung vorzuziehen.

Ziel muss eine aufgeklärtere, politisch aktive Gesellschaft sein, die sich an einer emanzipatorischen Veränderung der bestehenden Zwangsgemeinschaft orientiert.

Festzuhalten bleibt: Das Wählen kann die politische Betätigung nicht ersetzen, möchte man wirklich die weltweiten Probleme, die der Kapitalismus mit sich bringt, wirksam bekämpfen. Vielmehr sind die Wahlen nur Anlässe, zu denen sich die Regierenden die politische Legitimität von der Bevölkerung einholen.

## Das kleinere Übel?

Und doch meinen wir, kann wählen unter bestimmten Umständen Sinn machen. Die bevorstehenden Wahlen für die Thüringer Kommunalparlamente und den Landtag

sind möglicherweise solche Fälle. Bei beiden Wahlen wird die neofaschistische Thüringer NPD antreten. Warum die NPD eine besonders üble Partei ist, der man die anderen Parteien noch vorziehen müsste, beschreiben wir an einer anderen Stelle der Broschüre. Hier kann auch für demokratie-kritische Menschen das Wählen sinnvoll werden, nämlich dann, wenn so der Einzug der NPD in die Parlamente verhindert werden kann bzw. die Anzahl der Mandate für die faschistischen Partei vermindert werden kann. Staatlich bezahlte NPD-Politiker und Wahlkreisbüros, die zu faschistischen Zentren werden, wären eine Katastrophe für die alternative und migrantische Szene des Landes. Dies impliziert, dass man sich dabei bewusst sein sollte, dass es kein Akt der Emanzipation ist, das Kreuz an der vermeintlich richtigeren Stelle zu machen.

Uns stellt sich noch eine andere Frage. Ist die neue Linkspartei eine wirkliche Alternative zu CDU/CSU/SPD/FDP/ usw.? Ob der Partei im deutschen Parteienkartell eine besondere Rolle zukommen kann, weil sie sich mehr sozialer Gerechtigkeit verschrieben hat, hängt stark von ihrer tatsächlichen Ausrichtung ab. Also versteht sich die Linke nur als die neue SPD, die die wahre sozialdemokratische Politik verwirklicht, als ein „Korrekturfaktor“ wie es Gregor Gysi ausdrückte oder

wird die Linke den Antikapitalismus und die Emanzipation von der bürgerlichen Gesellschaft in Position bringen? Momentan beobachten wir von einigen Ausnahmen, auch bei uns in der Region, abgesehen, eher die erneuerte SPD. Die Linke hat es verpasst in der Systemkrise des Kapitalismus jenen zu demaskieren und eine Alternative ins Gespräch zu bringen.

## Was wollen wir überhaupt?

Ein wichtiges Argument der Gegner\_innen einer emanzipatorischen, revolutionären Veränderung ist, dass wir Kommunist\_innen und Anarchist\_innen in Gegnerschaft zum Staat und seinen Gesetzen stehen. Das stimmt zwar einerseits, weil wir die Gesetze und Normen der bürgerlichen Gesellschaft ebenso wie die Zurichtungsagentur Staat ablehnen, andererseits begrüßen wir viele der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber früheren Gesellschaften. Die deutsche Verfassung schreibt viele grundlegende Rechte von Menschen fest und hat damit anderen Staaten, wie z.B. dem Iran oder China einiges voraus. Natürlich wissen wir, dass es um die Umsetzung und Erhaltung dieser Rechte in Deutschland schlecht bestellt ist. Trotzdem müssen wir feststellen, dass die formell-gesetzliche Gleichberechtigung oder die Würde des

Menschen in Deutschland ein Gewicht haben. Wir stehen nicht in Gegnerschaft zu diesen Freiheitsrechten.

Wir befürworten den weltweiten Kampf für universelle Menschenrechte und möchten eine Gesellschaft, in der diese Rechte eine Selbstverständlichkeit werden. So selbstverständlich, wie das Recht zu atmen, so selbstverständlich, dass es einer schriftlichen Fixierung nicht mehr bedarf. Wir wollen eine weltweite Emanzipation von Herrschaft und Unfreiheit, eine Gesellschaft vollkommener Freiheit und sozioökonomischer Gleichheit. Es ist der Kampf für eine Gesellschaft, in der die individuelle Freiheit eines Einzelnen Voraussetzung für die Freiheit aller ist. Deutschland ist keine solche Gesellschaft. Das deutsche Gesellschaftsmodell steht einer solchen Entwicklung entgegen und

deshalb lehnen wir es ab!

Politische Betätigung breiter Teile der Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine fortschrittlichere Gesellschaft. Ohne die Politisierung und Sensibilisierung größerer Teile der Gesellschaft für Probleme, die uns alle betreffen, wird eine nachhaltige, positive Aufhebung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft nicht denkbar sein. Wir möchten hierzu mit diesem Diskussionstext einen Beitrag leisten für die Debatte um eine Ökonomie und ein Leben fern der Marktwirtschaft in der Menschen über ihre gemeinsamen Ressourcen und Bedürfnisse wieder in Verbindung stehen. Wir wollen die weltweite Armut und die Unfreiheit aufheben, für eine Gesellschaft, die sich dem Ideal vollkommener Freiheit und Gleichheit bei hoher Lebensqualität annähert.

Wir möchten euch hier und jetzt keine Wahlempfehlung geben oder zum Nicht-Wählen aufrufen, wir appellieren an euch, euch selbst eine Meinung zu machen.

### Fußnoten:

[1] Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx-Engels-Werke, Band 8, Dietz Verlag Berlin (1975), S. 115

[2] Die hier angesprochene Entwicklung beschreibt Robert Kurz ausführlicher in seinem Buch „Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft“.

[3] Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?

### Literaturtipps:

**Robert Kurz:** Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn-Verlag (2. Auflage), Frankfurt am Main

**Michael Heinrich:** Kritik der politischen Ökonomie - Eine Einführung. Schmetterling-Verlag (5. Auflage), Stuttgart

**Colin Crouch:** Postdemokratie, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main (günstig zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/publikationen/H35E0A,0,0,Postdemokratie.html>)

**Jürgen Habermas:** Faktizität und Geltung - Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main

# Zur Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse



Mit einer Kritik an der NPD und deren Entlarvung als ein Kind des nationalsozialistischen Geistes, sowie durch eine Kritik neonazistischer Ideen und Praxis kann einem Anspruch auf eine radikale Kritik der Gesellschaft nicht zu Genüge nachgekommen werden. Vielmehr ist es notwendig, die hochgelobte, und scheinbar allen bisher da gewesenen Gesellschaften überlegene bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu hinterfragen. Denn in ihr reproduzieren sich die Resentiments, die die Neonazis schließlich aufgreifen und mehr oder minder geschickt verpackt für ihre Zwecke zu thematisieren versuchen. Neonazistisches Gedankengut ist somit keinesfalls eine periphere [1] Erscheinung der scheinbar aufgeklärten Gesellschaft, sondern entsteht in ihrer Mitte und kann folglich nur auf deren Grundlage existieren.

Im Folgenden wollen wir im Text auf einen bedeutenden Teilaspekt von Gesellschaftskritik eingehen, die Kritik der politischen Ökonomie.

## Die kapitalistische Produktionsweise

Die im Kapitalismus lebenden Individuen sehen sich jeden Tag aufs Neue vor die

Unzumutbarkeiten eines von immanenter [2] Widersprüchlichkeit geprägten, Armut produzierenden Wirtschaftssystems gestellt. Es ist an Absurdität kaum mehr zu übertreffen, dass im Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen hinter jene des Marktes gerückt werden. Nur so ist es möglich, dass trotz des technischen Fortschritts noch nie mehr Menschen zu einem Leben in Armut gezwungen wurden als heute. Überschüsse an produziertem Getreide werden nicht etwa an Bedürftige abgegeben, sondern konsequent, der mörderischen Logik des Kapitalismus folgend, vernichtet. Bereits jetzt könnten rein theoretisch 12 Milliarden Menschen ernährt werden, was in etwa der doppelten Anzahl der Weltbevölkerung entspricht. Die Ursache für die Nichtauslieferung von Nahrung an Bedürftige liegt jedoch nicht in der „raffenden Habgier“ einiger Manager begründet, sondern im immanent-widersprüchlichen kapitalistischen System selbst.

Im Kapitalismus kommt den produzierten Gegenständen, neben ihrer Eigenschaft als Gebrauchsgut, eine weitere Funktion zu. Sie werden zur Ware, d.h. sie besitzen die Eigenschaft, gegeneinander austauschbar zu sein. Um einen Austausch

verschiedener Gegenstände (z.B. ein Brot und vier Eier) zu realisieren, ist es notwendig, diese Gegenstände auf ein gemeinsames Drittes zu reduzieren. Dieses gemeinsame Dritte hat jedoch nichts mehr mit den konkreten, sinnlich erfahrbaren Eigenschaften der Gegenstände zu tun, schließlich wäre es absurd zu behaupten, Brot und Eier seien gleich. Vergleichbar werden diese Dinge nur durch ihre Eigenschaft als ein Produkt abstrakt menschlicher Arbeit. So ist also das gemeinsame Dritte, auf welches alle Dinge reduziert werden, nichts anderes als die allgemeingesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die zu ihrer Herstellung verausgabt werden muss.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist es kaum mehr möglich, die eigens produzierten Waren, etwa in einem Supermarkt, gegen andere einzutauschen. So wird sich wohl kein\_e Supermarktkassierer\_in bereit erklären, die Bio-Eier aus dem eigenen Hühnerstall an der Kasse gegen eine Cola einzutauschen. Auf Grund dessen ist im Kapitalismus ein Tauschmittel etabliert: das Geld. Dieses ist nicht etwa nur der Erleichterung kapitalistischer Austauschprozesse dienlich. Vielmehr mutiert die Akkumulation [3] des

Geldes in kapitalistischen Gesellschaften fortwährend zum „irrationalen Selbstzweck“. (Marx)

Dem Kapitalismus ist es eigen, Güter nicht primär zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu produzieren. So werden hergestellte Güter zu Waren, d.h. sie werden auf einem anonymen Markt zum Tausch angeboten. An dieser Stelle treten Produktion und Verteilung von Gütern auseinander. Eine Produktion, die ausschließlich auf einen bestmöglichen Vertrieb der Güter getrimmt ist, kann nicht zugleich die Bedürfnisbefriedigung verschiedener Individuen zum Ziel haben. Somit ist es auch völlig unklar, zu welchem Zweck verkaufte Waren genutzt werden. Ob ein Brot etwa verzehrt wird, oder, wie es in kapitalistischen Systemen gängige Praxis ist, es zur Stabilisierung des Marktpreises vernichtet wird, liegt nicht mehr im Ermessen des Produzierenden. Menschen haben in diesem System nur eine Bedeutung: die Bedeutung des anonymen Warenbesitzers.

Eine Produktion für einen anonymen Markt bewirkt immer, dass die einzelnen Kapitalist\_innen fortwährend, unter dem Druck des Systems, zur irrationalen Akkumulation des Geldes gezwungen werden. So müssen sie stets bemüht

sein, ihre eigens hergestellten Güter möglichst kostengünstig zu produzieren, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Im Zirkulationszyklus vermehrtes Kapital wandert nicht etwa in die Tasche hakennasiger sowie raffgieriger Manager [4], sondern wird in eine erneute Warenproduktion - diese beinhaltet auch die Neuanschaffung bzw. Instandhaltung von Maschinen sowie die Entlohnung der Arbeitskräfte - investiert, um die Produktionskosten um ein weiteres Stück in den Boden zu treiben. Überschüssiges Kapital wird zumeist gewinnbringend angelegt, sei es in Form von Staatsanleihen, Investitionen in andere Betriebe in Form von Aktienerwerb oder auch bei einer der zahlreichen Banken.

An dieser Stelle zeigt sich auch ein zentraler Widerspruch im kapitalistischen System: diejenigen Kapitalist\_innen, die im größten Maße zur Vernichtung von mehrwertproduzierender Arbeit durch Maßnahmen zur Kostensenkung beitragen, sind zugleich jene, die das Gros des Kapitals und die größten Gütermassen anhäufen. So wachsen die Produktmassen immer weiter an, wobei im gleichen Maße die Kaufkraft der „arbeitenden Armen“ sinkt.

Auf Grund der Produktion für einen anonymen Markt, anstatt für die Bedürfnisse

der Menschen, werden arbeitserleichternde Maßnahmen und Innovationen, wie bspw. die Anschaffung von Maschinen, nicht etwa dazu genutzt, der Menschheit das Leben durch zunehmenden Wegfall von Arbeit zu erleichtern. Vielmehr führt es zu deren Ausbeutung durch Mehrarbeit auf Grund des Zwangs zu kostensenkenden Maßnahmen. Dies soll nun jedoch nicht so verstanden werden, dass der Kapitalismus im Grunde gar nicht so schlecht wäre, würden nur diese Widersprüche aus dem Wege geräumt. Diese Widersprüche sind dem Kapitalismus inhärent, d.h. sie können nur durch dessen radikale Abschaffung aufgelöst werden.

## **Der einzige Ausweg ist die Abschaffung des Systems**

Die Entstehungsgeschichte der heutigen neoliberalen Gesellschaft ist nur schwerlich in den rosaroten Farben eines freiheitlichen Systems zu malen. Mit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise, allen voran in England, bildete sich auch Widerstand gegen diese heraus. Zu Zeiten der ersten industriellen Revolution war der Traum von der Arbeit und den „Naturgesetzen des Marktes“ noch nicht derart in den Köpfen der



Menschen manifestiert wie es heute der Fall ist.

Im Laufe der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise war es notwendig, Gewalt anzuwenden, etwa um die Menschen an die Maschinen in den Fabriken zu treiben. Jedoch kam es auf Grund der nicht vorhandenen Verankerung des höchsten Gutes - der Arbeit - im Denken der Individuen zu Widerstand gegen die aufkommenden Bedingungen. Dies zeigt beispielsweise der Aufstand der Schlesiischen Weber oder die Maschinenstürmer, die keinesfalls wahllos, gleich einem Haufen Irrer, auf alle Maschinen eindroschen, die sich gerade in ihrer Reichweite befanden. Vielmehr gingen die unter dem wohl fiktiven „General Ludd“ agierenden Maschinenstürmer koordiniert gegen ausgewählte Fabriken vor.

Heute erscheint uns der Kapitalismus als alternativlos. Wir akzeptieren ihn, stellen uns unbewusst unter das panoptische [5] Prinzip der Selbstkontrolle, ohne unser irrationales Verhalten oftmals auch nur ansatzweise zu reflektieren. Der Kapitalismus hat sich in die Köpfe der Menschen als naturgegeben eingebrannt. Gezwungen durch eine apersonelle, strukturelle Gewalt, Arbeitsteilung auf einem hohen Niveau sowie durch den irrationalen Selbstzweck der Kapitalak-

kumulation haben wir alle teil am kapitalistischen Alltag, der uns lehrt, dass wir unser Essen erst durch harte Arbeit verdienen müssen. An dieser Stelle zeigt sich erneut, weshalb nicht etwa gierige Finanzhaie schuld an in weiten Teilen der Bevölkerung herrschender Armut sind. Schuld ist das irre System an sich. Eine radikale Kritik der Gesellschaft muss erkennen, dass der kapitalistische „Verein“ nicht aus wenigen, besonders engagierten und erfolgreichen Mitgliedern besteht, sondern, dass wir alle Mitglieder dieses Vereins sind, ob wir nun wollen oder nicht.

Somit führt der Ausweg aus den prekären Lebensverhältnissen der Selbstausbeutung, hin zu einem selbstbestimmten Leben, auch nicht über eine grundlegende Reform des Kapitalismus oder gar über ein autarkes, rückschrittliches Einsiedlerleben unter Tieren und Pflanzen im Wald. Ein Ausweg existiert nur über die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise. Voraussetzung hierfür ist ein radikaler Bruch mit dem Arbeitsfetisch. Die Abschaffung der Produktion für einen anonymen Markt sollte jedoch keinesfalls mit einem Rückfall in spätmittelalterliche Praktiken einhergehen, sondern am heutigen Stand modernster Technik ansetzen und diese auch weiterentwickeln. Gleichwohl ist hierfür die

Erkenntnis nötig, dass der Kapitalismus keinesfalls eine naturgegebene und alternativlose Gesellschaftsform darstellt, sondern als ein historisches Produkt menschlicher Interaktion zu begreifen ist.

### **Exkurs: Der Widerspruch von Umweltschutz und kapitalistischer Produktionsweise**

Dem Prozess der Geldvermehrung zur reinen Sicherung der eigenen Existenz wird in kapitalistischen Gesellschaften einfach alles geopfert. Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur werden natürliche Ressourcen der Erde ausgebeutet und Tiere für den Verzehr der Menschen industriell getötet und verarbeitet. Jahrtausende alte Wälder werden gerodet, um noch günstigere Weideflächen für noch mehr Nutztiere zu erzeugen, usw. usf.

So zeigt sich auch der unvereinbare Widerspruch des propagierten „Schutzes der Umwelt“ durch die „Klimakanzlerin“ Angela Merkel einerseits und kapitalistischer Produktionsweise andererseits. Aus Sicht des Kapitals ist es nur konsequent die Natur, unter Zuhilfenahme von monströsen Räumfahrzeugen, plattzuwalzen und bis auf den letzten Grashalm für sich in Beschlag zu nehmen.

## ZUR KRITIK DER GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

Schließlich ist das Ziel, produzierte Güter möglichst preiswert anbieten zu können, um konkurrenzfähig zu bleiben und Profit zu erwirtschaften. Dabei macht es wenig Sinn, das mühsam erwirtschaftete Kapital nicht in neue Maschinen zu investieren, sondern in den Umweltschutz. Dies würde nur einen Nachteil der betroffenen Fraktion des Kapitals auf dem Markt bedeuten, da eben das in den Umweltschutz investierte Kapital nicht zur Produktionsoptimierung verwendet werden kann.

Vor diesem Hintergrund erscheint es beinahe irrsinnig, wenn nun unter dem Deckmantel des Wettbewerbes neue Strategien zum Schutz der Umwelt entwickelt werden sollen. Selbstverständlich auch nach den Regeln des vom Kapitalismus diktierten Kalküls. Lediglich dann, wenn Umweltschutzmaßnahmen mit den Interessen des Kapitals vereinbar sind, wie bei alternativer Energieerzeugung durch Wind-, Wasser-, oder Solarenergie, haben diese eine Chance auf Realisierung.

### Die Alternative

Es stellt sich unweigerlich die Frage: „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ Eine radikale Gesellschafts- und somit auch Kapitalismuskritik darf eine Antwort

darauf nicht schuldig bleiben. Auch wenn es naiv wäre, zu glauben, ein fertig gedachte Alternative läge bereits bereit. Jedoch ist es möglich, durch eine Negation [6] bestehender Verhältnisse, ansatzweise Konturen von dem zu skizzieren, was nach dem Kapitalismus sein soll. Beispielsweise ergibt sich aus einer Negation des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital und der Produktion für einen anonymen Markt eine Vorstellung von der gewünschten

Produktionsweise: die Menschen sollen nicht für einen anonymen Markt, sondern für ihre Bedürfnisse produzieren. Dies soll nicht im Rahmen eines kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses geschehen, sondern auf einer zwanglosen Ebene, in der keine Mehrwertproduktion angestrebt wird. Aus einer Negation des Arbeitsfetischs ergibt sich folgerichtig, dass eine Güterproduktion etabliert werden soll, die auf Bedürfnisbefriedigung abzielt und nicht auf





Gewinnmaximierung durch Mehrarbeit. Somit werden die falschen Verhältnisse vom Kopf zurück auf die Füße gestellt. Einzig weil sich eine radikale Gesellschaftskritik nicht im Stande sieht, ein zu Ende gedachtes, schillerndes System zu präsentieren, wird sie weder automatisch falsch noch überflüssig. Denn um einen wirklichen Ausweg aus der Gesamtscheiße zu finden, die konsequenterweise auch Auswüchse wie Neonazis im Allgemeinen oder die NPD im Speziellen hervorbringt, ist eine Kritik des Bestehenden notwendig, um überhaupt ein Bewusstsein für die Unzumutbarkeit des Kapitalismus im bürgerlichen Denken zu schaffen. Die aus der gesellschaftlichen Mitte erwachsenen Neonazis verstehen das sie

umgebende System in seiner Komplexität nicht. Auf Grund dessen, ist für sie der erste Lösungsansatz die romantisierende Wärme einer Volksgemeinschaft, in der für Nichtdeutsche und Unkonforme kein Platz vorgesehen ist. Das auf diese menschenverachtende Weise die Probleme des immanent widersprüchlichen Kapitalismus nicht gelöst werden können, will ihnen nicht einleuchten. Neonazis stehen einer Auflösungsbewegung des Kapitalismus fundamental gegenüber. Hieran lässt sich die Notwendigkeit für radikale Gesellschaftskritik ableiten, eine konsequente antifaschistische Praxis zu entwickeln.

## Fußnoten:

- [1] peripher bedeutet am Rand gelegen oder auch nebensächlich oder marginal
- [2] immanent bedeutet soviel wie innewohnend
- [3] Akkumulation bedeutet die Vermehrung von Geld/Kapital
- [4] Eigenschaften, die von Antisemit\_innen den Juden zugeschrieben werden
- [5] panoptisch bedeutet rundherum einsehbar / überwachbar
- [6] Negation bedeutet Verneinung

## Literaturtipps:

Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn-Verlag (2. Auflage), Frankfurt am Main

Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie - Eine Einführung. Schmetterling-Verlag (5. Auflage), Stuttgart

Freerk Huisken: Warum Demokraten (Neo-)Faschisten nicht kritisieren, sondern nur verbieten können:  
<http://fhuisken.de/DemFasch.htm>

# Das Potential der parlamentarischen Präsenz

## *Gastbeitrag der sächsischen Recherche-Initiative "Nazis in den Parlamenten"*

Im August diesen Jahres stehen die sächsischen Landtagswahlen an. Sie werfen die Frage auf, wie sich der erstmalige Einzug der NPD in das Landesparlament in den vergangenen fünf Jahren auf die NPD und die rechte Szene insgesamt auswirkte.

### **Parlamentarische Arbeit**

Im September 2004 zog die NPD mit 9,2 Prozent der WählerInnenstimmen in den Sächsischen Landtag ein. Am Ende der Legislaturperiode besteht die Fraktion aus lediglich der Hälfte der ursprünglich gewählten NPD-Abgeordneten. Die zwölfköpfige Fraktion verpflichtete eine Reihe bekannter Neonazis für ihren MitarbeiterInnenstab, die dem äußerlichen Biedermann-Image entsprachen, jedoch zum Urgestein verschiedener rechtsextremer Institutionen zählten.

Ihre Landtagsarbeit konzentrierte sich zunehmend darauf, zur Informationsgewinnung Kleine und Große Anfragen zu stellen, wohingegen sich die auf gesetzliche Entscheidungen abzielenden Anträge verringerten. Diese Entwicklung

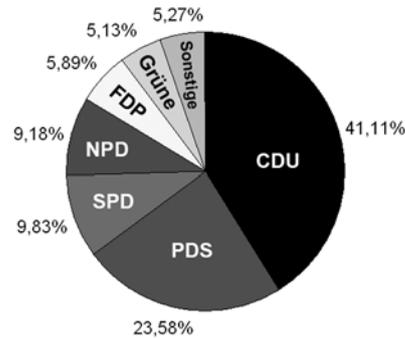
war eine Konsequenz aus der erfolglos angestrebten Öffentlichkeitswirksamkeit der Anträge und der sich anschließenden parlamentarischen Debatten. Die zu diesem Zweck wirkungsvollere Möglichkeit Aktueller Debatten zu Beginn einer jeden Plenarsitzung wurde von der NPD im Gegensatz dazu voll ausgeschöpft. Ein Dutzend Broschüren, sowie doppelt so viele Faltblätter und Ausgaben der Fraktionszeitung ‚Klartext‘ vervollständigte das Bild der regen, engagierten Fraktion. Sie verwies dabei gern auf die Beschränkungen, denen ihre parlamentarische Arbeit durch die demokratischen Landtagsfraktionen unterlag. Nachdem diese in den ersten Monaten unsicher agierten, einigten sie sich auf ein tragfähiges gemeinsames Handlungskonzept. Da die sächsische CDU, im Gegensatz zur mecklenburg-vorpommerschen, das geschlossene Agieren aller Fraktionen gegen die der NPD oft nicht für notwendig erachtete, und deren Ideologie bspw. durch extremismustheoretische Gleichsetzungen mit der Linkspartei relativierte, konnte die NPD als gleichwertige oppositionelle Kraft erscheinen.

### **Landesweiter Ausbau der NPD-Strukturen**

Die NPD-Vertretung im Landtag festigte die Strukturen der Partei sowie der rechtsextremen Szene generell. Die Wahlkreisbüros der Landtagsfraktion sind zwar überwiegend wenig frequentiert oder bereits wieder geschlossen. Auf regionaler Ebene ist es der NPD jedoch gelungen, ein relativ flächendeckendes Netz an Orts- und Kreisverbänden aufzubauen. Zudem ist die NPD seit den sächsischen Kreistagswahlen im Juni 2008 in allen Kreistagen mit eigenen KandidatInnen vertreten, in zahlreichen Kreistagen sogar in Fraktionsstärke. Die Besetzung aller Kreistage eines Bundeslandes ist einmalig in der Geschichte der NPD. Diese verfehlte zwar das selbst gesteckte Ziel, in allen sächsischen Kreistagen in Fraktionsstärke präsent zu sein, konnte jedoch ihr Ergebnis von 2004 vervierfachen. 44 Neonazis agieren infolgedessen derzeit als sächsische Kreistagsabgeordnete. [1] Dieses Ergebnis war für die NPD in Zeiten ihrer Dauerkrise – die Veruntreuung von



Parteivermögen durch Erwin Kemna, dem engen Vertrauten des Parteivorsitzenden Voigt; das Gerangel um den Parteivorsitz; der Konflikt mit den ‚Autonomen Nationalisten‘ – sehr bedeutsam. Darüber hinaus wurde die Verankerung der NPD im kommunalen Raum im Zuge der Kreistagswahl offensichtlich. Dass die Landtagsabgeordneten Gitta Schüßler und Jürgen Gansel nun auch in Kreistagen anwesend sind, scheint eine Konsequenz aus der noch immer gültigen Kritik zu sein, kommunale Belange zu vernachlässigen. Geschuldet ist der Wahlerfolg jedoch einer stärkeren außerparlamentarischen Präsenz der NPD, d.h. dass Publikationen wie bspw. Schulhof-CDs und die Jugendzeitschrift ‚perplex‘ verteilt oder Internetauftritte der Kreisverbände aktualisiert wurden. Da diese Beteuerungen nicht zu einer Interessensvertretung in Form ständiger Präsenz einzelner NPD-VertreterInnen oder gefestigten Parteistrukturen führte, ist im Falle hoher Wahlerfolge der NPD überwiegend von einer ideologisch verfestigten StammwählerInnenenschaft auszugehen, die sowohl kommunalpolitische Unfähigkeit, die Eklats im Landtag, als auch die offensichtliche Zusammenarbeit mit Freien Kameradschaften widerspruchslos hinnimmt.



Wahlergebnis der sächsischen Landtagswahl 2004 / Die NPD nur knapp hinter der SPD

## Innerparteiliche Prozesse

Nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag waren es zuerst die Parteiaustritte der Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön im Jahr 2005, die den internen Führungsstreit und die Meinungsverschiedenheiten um den politischen Kurs offenbarten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die organisatorische und politische Nähe zwischen Fraktion bzw. Landesverband und Bundesvorstand als „Voigt/Marx/Eigenfeld/Apfel-Klüngel“ bezeichnet – was sich seitdem und vor allem seit dem Sonder-Bundesparteitag im April 2009 extrem gewandelt hat. Die Kritik der Aus-

steiger an der Fraktionsspitze beinhaltete somit nicht nur sächsische Konflikte, sondern verdeutlicht eine lange Zeit im Bundesvorstand und dem Parteiorgan Deutsche Stimme stabilisierte Struktur. Anlässlich des Bundesparteitages im April 2009, bei dem es zur Spaltung der NPD in die Voigt-UnterstützerInnen, nun im Parteivorstand, und die Voigt-KritikerInnen, zu denen jetzt neben Apfel und Gansel auch Pastörs und Marx zählen, propagierte die sächsische Fraktion den ‚Sächsischen Weg‘. In dem Papier wird eine Mitverantwortung Apfels an der Finanzkrise der Partei zurückgewiesen, politische Fehlentwicklungen und Führungsdefizite werden der Voigt-Linie angerechnet. Die Fraktion bzw. der Landesverband würde nicht, wie in Gerüchten verlautbart, zur DVU wechseln, stattdessen in kritischer Loyalität zu Parteiführung stehen. Die innerparteiliche Machtfrage ließe sich dann anhand der Wahlergebnisse der Landesverbände entscheiden. Der ‚Sächsische Weg‘ beinhaltet weiterhin, bürgerliche WählerInnen anzusprechen und sich vom neonazistischen Spektrum zumindest im Bundesvorstand zu distanzieren, um „für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in der Mittelpunkt“ stellt,

einzutreten. Der Voigt-Flügel reagierte mit der Verlautbarung eines ‚Deutschen Weges‘, der an der sächsischen Linie im Wesentlichen kritisiert, diese seien einseitig national-konservativ ausgerichtet, da sie bürgerliche Kreise an die NPD zu binden versuchten. Dies sei als Anpassung zu verstehen.

Auch der im Juli gegen die sächsische NPD-Abgordnete Gitta Schüßler erfolgreich eingebrachte Misstrauensantrag im ‚Ring Nationaler Frauen‘ und der gleichzeitige Austritt Jasmin Apfels, der Ehefrau des sächsischen Fraktionsvorsitzenden, verdeutlicht die führende Rolle, die die sächsische Fraktion in der Spaltung der NPD einnimmt.

## **Verhältnis der sächsischen NPD zu den ‚Freien Kameradschaften‘**

Die Positionierung der Landtagsfraktion in Sachsen zu den ‚Freien Kräften‘ erlangt Bedeutung einerseits für die Verbürgerlichung bzw. Radikalisierung, andererseits für die Finanzierung der Bundespartei. Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sichern dem NPD-Bundesverband derzeit das Überleben. Anlässlich des Superwahljahres 2009 nehmen die finanziellen Schwierigkeiten der NPD weiter zu, weshalb die Jungen

Nationaldemokraten (JN) als auch die ‚Freien Kameradschaften‘ tatkräftig aus-helfen müssen. Interessant sind daher die Verschiebungen zwischen Freien Kameradschaften und den Strukturen der JN. Mit der derzeitig doch überwiegenden Integration von AktivistInnen aus der Kameradschaftsszene verschwimmen die Grenzen zwischen JN und dem freien Spektrum. Eine Radikalisierung beider Seiten tritt ein.



*Holger Apfel und Peter Marx im Februar 2009 in Dresden*

*(Bildquelle: [www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info))*

Bereits im Jahr 2005 begründeten mehrere Mitglieder der ehemaligen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und deren Umfeld den JN Stützpunkt Sächsische Schweiz. Die SSS war 2001 verboten worden, in den folgenden Jahren schlossen sich zahlreiche Ermittlungsverfahren

wegen Fortführung der kriminellen Vereinigung an. So sollte der als Rädelsführer verurteilte Ex-SSSler Thomas Sattelberg als damaliges sächsisches JN-Landesvorstandsmitglied einen Vortrag über die „Entwicklung der nationalen Bewegung“ halten. [2] In Ostsachsen findet sich ein ähnliche Entwicklung. 2006 gingen die „Autonomen Nationalisten Hoyerswerda“ (ANH) und die „Nationalen Sozialisten Lausitz“ einschließlich ihres Kameradschaftszusammenschlusses „Lausitzer Aktionsbündnis“ zu großen Teilen in die JN Hoyerswerda über. Auch hier sind die Aktivisten der ‚Freien Kräfte‘ gleichzeitig führende JN-Funktionäre. Die radikale, „nationale und sozialistische“ Ausrichtung der JN Sachsen prädestiniert sie dafür, eine maßgebliche Rolle in der parteiungebundenen Szene einzunehmen. Ein Gegenbeispiel zur Integrationsbewegung findet sich allerdings in Westsachsen. Im November 2008 trat der gesamte Kreisvorstand der NPD Vogtland, unter ihnen die neugewählten KreisrätInnen Nicole Fortak und Olaf Martin, aus der Partei aus. Sie begründeten ihren Schritt mit dem Vorwurf an die sächsische Landtagsfraktion: „Wir Nationalen Sozialisten lassen uns nicht von Leuten, wie Apfel und Gansel, denen es nur noch um Macht und Geld geht benutzen.“ [3] Die

freien KreisrätInnen präsentieren sich im Internet nun offen mit dem Symbol der Schwarzen Sonne als „nationale Stimme des Vogtlandes“.

## Präsentation der Fraktion zur sächsischen Landtagswahl 2009

Der Vergleich der Landeslisten für die Landtagswahlen 2004 und 2009 zeigt deutliche Veränderungen in der NPD-Strategie. Die antiintellektualistische Ausrichtung in der Anfangsphase der Fraktion – nur wenige Hochschulabgänger fanden sich auf der Kandidatenliste –, war vor allem der Landtagswahlstrategie 2004 geschuldet, insbesondere den Mittelstand zu präsentieren. Die ideologischen Vordenker wurden dafür in den Hintergrund, d.h. in den Mitarbeiterstab verlagert. Für die Landtagswahl 2009 waren zunehmend Bewerber mit Hochschulabschluss zu erwarten, die sich durch eine parteiinterne Karriere motivieren lassen. Dies hat sich bestätigt. Die Landesliste wird angeführt vom ‚Präsidium‘ gegenwärtiger Abgeord-

ner, gefolgt von innerparteilichen und ideologischen ‚Zugpferden‘ und der ‚alten Garde‘ der Parteimitglieder. Neben kompetenten Rhetorikern mit Einsicht in die Theorieanbindung und Kontakten zu nationalen und internationalen, teilweise parteiübergreifenden extrem rechten Netzwerken gewänne die Fraktion an loyalem Personal, das Führungsstreitigkeiten wie die der vergangenen fünf Jahre unwahrscheinlich werden lässt.

Eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Themen bietet die Broschüre: NiP/ Heinrich-Böll-Stiftung/ Weiterdenken: Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008. Download unter: <http://archiv.weiterdenken.de/publikationenausgabe.php3?id=33>

## Fußnoten:

[1] Drei KreisrätInnen verließen die Partei gemeinsam mit dem Kreisverband Vogtland im November 2008 (s.u.)

[2] <http://www.redok.de/content/view/625/36/>

[3] <http://freenet-homepage.de/kreistag-vogtland/kv/Start.htm>



## and now it's your turn...

Anti-Nazi-Politik ist ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Und gerade in diesem Jahr scheint das, in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, besonders wichtig.

Denn dieses Jahr entscheidet sich, ob die NPD in der folgenden Legislaturperiode in den Parlamenten vertreten ist oder nicht. Was sich daraus ergibt ist die konkrete Notwendigkeit für uns, aktiv zu werden und dem entgegen zu wirken.

Die Arbeit und der Kampf gegen Ausgrenzung und menschenverachtende Denkweisen findet nicht in den Parlamenten statt. Sie beginnen im eigenen Kopf und enden in denen der anderen Menschen.

Jede\_r hat somit die Möglichkeit, zum Denken anzuregen, kritisch zu hinterfragen oder auch Informationen über die dahinter stehenden Strukturen und Systeme zu sammeln, zu veröffentlichen und effektiv zu nutzen.

Doch wie kann die Arbeit gegen Nazis und vor Allem gegen die NPD konkret aussehen? Wie können neonazistische Strukturen eingedämmt und deren Aktivitäten verhindert werden? Die Antwort fällt vielschichtig aus. Eine der Möglichkeiten, die der Aufklärungsarbeit, stellt

diese Broschüre dar. Aufklärungsarbeit kann in vielen Formen stattfinden: durch die Organisation von Informations- und Diskussionsveranstaltungen oder durch das Initiieren von Kulturveranstaltungen, wie Konzerten, Lesungen und Ausstellungen, auch durch das Gestalten eigener unabhängiger Zeitungs- und Medienprojekte. Am Ende der Broschüre könnt ihr Kontakte finden, die Erfahrung mit solchen Veranstaltungen haben und auf Anfrage gerne hilfreiche Tipps geben oder praktische Unterstützung leisten können.



Das Nutzen von Medien bringt viele Vorteile, jedoch muss bedacht werden: Wen

will ich erreichen? Und was will ich vermitteln? Beispielsweise werden Jugendliche vielleicht eher durch entsprechende Konzerte mit klaren politischen Aussagen angesprochen. Auch Internetseiten, E-Mail-Informationslisten oder Schulzeitungen bieten sich hier eventuell eher an, als herkömmliche Methoden der Informationsvermittlung.

Eine weitere Form der Aufklärung, wenn nicht sogar die spannendste, stellt selbstverständlich auch die Aktion dar. Diese kann direkte Aussagen vermitteln und zum Nachdenken anregen, zum Beispiel durch Plakate, Flugblätter, Transparente, Kundgebungen oder auch Demonstrationen, außerdem durch Aktionsformen wie Straßentheater, das Einnehmen öffentlicher Räume oder andere kreative Sachen.

In diesem Jahr bietet es sich natürlich an, Aktionen direkt gegen den Wahlkampf der NPD zu richten, um die Verbreitung von deren Propaganda einzudämmen. Dabei solltet ihr euch allerdings der Konsequenzen solcher Handlungen stets bewusst sein. So ist z.B. die Verschönerung oder Zerstörung von Wahlplakaten oder auch das Kleben von Aufklebern Sachbeschädigung und stellen somit eine Straftat dar.



Wer also keine Lust hat auf strafrechtliche Folgen hat, sollte sich im Rahmen des legal Möglichen bewegen oder sich nicht erwischen lassen.

Eine „direkte“ Aktion eignet sich jedoch nicht nur zum Vermitteln von Ansichten, sondern ebenso zum „direkten“ Eingreifen in den neofaschistischen, nationalistischen oder rassistischen Normalzustand. Rechte Aktionen und Veranstaltungen sind nur dann erfolgreich, wenn sie ungestört und planmäßig durchgeführt werden können. Dies gilt ebenso für Kundgebungen und Flugblattaktion der NPD oder sogenannten „freien Nationalisten“, wie auch Abschiebungen, Prozesse gegen kriminalisierte Antifaschist\_innen oder auch die lokale Sitzung des BdV. Wie solche Veranstaltungen erfolgreich gestört werden können, bleibt hierbei der Kreativität und Haltung der Akteur\_innen überlassen, denn das Stören einer Veranstaltung kann einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz darstellen. Werdet euch also im Voraus darüber bewusst, wie weit ihr gehen könnt und wollt.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus über die NPD hinaus und nach den Wahlen ist weiterhin wichtig. Nutzt bereits entstandene Kontakte, um weiterhin aktiv

zu bleiben. Oder nehmt vielleicht auch den Ausgang der Wahlen als Anlass, um endlich aktiv zu werden.

Also warum sich nicht öfter mal mit Leuten treffen? Warum also nicht was regelmäßiges organisieren, eine Konzerteihe oder auch den Beginn von regelmäßiger Recherchearbeit? Warum sich nicht auch für gemeinsame Aktionen treffen, gemeinsam aktiv werden? Zum Beispiel den örtlichen Obernazis outen, lokalen Neonazitreffpunkten ihren vielleicht noch „geheimen“ Charakter oder ihre undiskutierte Funktion nehmen. Und wenn es schon soweit ist, warum nicht gleich eine eigene Gruppe gründen?

Eine politische Gruppe zu gründen, ist leichter als gedacht. Was du brauchst sind ein paar Leute, die Lust darauf haben, eben gemeinsam „aktiv“ zu werden. Überlegt euch einen Tag in der Woche, an dem alle Zeit haben und trifft euch. Überlegt euch, in welche Richtung ihr arbeiten wollt und in welcher Form. Denkt ihr, ihr habt zu wenig Erfahrung oder seid zu wenige, dann kontaktiert andere Gruppen, lasst euch Tipps geben und fragt, wie ihr euch vielleicht einbringen könnt.

Es muss nicht immer gleich eine eigene Gruppe gegründet werden. Ein guter Ansatz ist es schon, eigenes Wissen,

Erfahrungen oder auch Informationen zu Übergriffen weiter zu geben, um zum Einen Kontakte zu schaffen und zum Anderen in die politische Arbeit hinein zu schnuppern. Örtliche Antifa-Gruppen haben es sich zur Aufgabe gemacht, Informationen zu regionalen Neofaschist\_innen und neofaschistischen Strukturen zu sammeln und zu veröffentlichen, was bei den staatlichen Organen meist nicht der Fall ist.

**Also was bleibt noch zu sagen?  
Ran an die Arbeit! Und zusammen  
mehr erreichen...**



## Kontakte

Antifaschistische Gruppe Südthüringen - [www.agst.antifa.net](http://www.agst.antifa.net) - [agst@riseup.net](mailto:agst@riseup.net)  
Alternative Jugend Südthüringen - [www.ajsth.de.vu](http://www.ajsth.de.vu) - [alternative-jugend-sth@no-log.org](mailto:alternative-jugend-sth@no-log.org)  
Infoladen Arnstadt - [www.infoladen.de/arnstadt/](http://www.infoladen.de/arnstadt/) - [infoladen-arnstadt@no-log.org](mailto:infoladen-arnstadt@no-log.org)  
Infoladen Notausgang - PF 100238, 98602 Meiningen  
Initiative für alternative Freiräume - <http://freiraememgn.blogspot.de>  
Gruppe Archiv Hildburghausen - [gahibu@web.de](mailto:gahibu@web.de)  
AG 53 Eisfeld - [www.ag53.de](http://www.ag53.de) - [info@ag53.de](mailto:info@ag53.de)  
Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union Südthüringen (FAUST) - [www.fau.org/meiningen/](http://www.fau.org/meiningen/) - [fauism@fau.org](mailto:fauism@fau.org)  
Alternatives Jugendzentrum Suhl - [www.ajk-suhl.com](http://www.ajk-suhl.com)

## Impressum

Die Kampagne "Ihr kommt uns nicht ins nächste Level" ist ein Projekt antifaschistischer Initiativen aus Südthüringen.

**Erscheinung:** Sommer 2009

**Redaktion:** Kampagne "Ihr kommt uns nicht ins nächste Level"

**Anschrift:** Kampagne "Ihr kommt uns nicht ins nächste Level"  
c/o Infoladen Arnstadt  
Plauesche Str. 20  
99310 Arnstadt



V.i.S.d.P.: P. Weiß, Suhler Straße, 98528 Suhl-Goldlauter



[WWW.AGST.ANTIFA.NET](http://WWW.AGST.ANTIFA.NET)